

Homburger Neueste Nachrichten

Anzeiger für Bad Homburg v. d. H. und Umgebung

Bezugspreis: Monatsabonnement M. 1.75 einschließlich
Ergerlohn. Erscheint täglich werktags.

Samstags-Post—Homburger Lokalblatt

Anzeigenpreise: Die sechsgehaltene 43 mm breite Homburger
Seite kostet 15 Bg., anwärts 20 Bg., im Kleinmetall
22 mm breit 50 Bg. — Die Einzelnummer 10 Bg.
Postfachkonto: Frankfurt am Main 39864.

Telefon 2707

Geschäftsstelle und Redaktion: Bad Homburg v. d. H., Dorotheenstr. 24

Nr. 163

Dienstag, den 15. Juli 1930

5. Jahrgang.

Neues vom Tage.

— Die Reichsbank hat mit der italienischen Notenbank ein Abkommen getroffen, durch das der Auslandsverkehr auf Italien ausgedehnt wird.

— Der beim Regierungspräsidenten gestellte Antrag der Fried. Krupp A.-G. in Essen auf Entlassung von 2300 Mann der Belegschaft ist nunmehr genehmigt worden.

— Im Reise Okerode ist beim Heidelbeersuchen der deutsche Lehrer Kietel wegen unerlaubten Ueberschreitens der Grenze durch die polnische Grenzpolizei festgenommen worden. Der Landrat des Kreises Okerode hat telegraphisch um Freilassung des festgenommenen Lehrers ersucht.

— Von den mit Tuberkuloseerum gefütterten Säuglingen sind wieder zwei gestorben, so daß sich die Gesamtzahl der Opfer nunmehr auf 57 erhöht hat. Krank sind noch 62, gebessert 73, gesund bzw. in ärztlicher Beobachtung 59 Kinder.

— Wie aus Indien gemeldet wird, hat die Gruppe der gemäßigten Hindus in der gesetzgebenden Versammlung einen Abgeordneten beauftragt, sich zu wandeln zu begeben, um ihn zur Einstellung der Bewegung des bürgerlichen Ungehorsams zu veranlassen.

Artikel 48.

□ Immer noch ist es unsicher, ob die Reichsregierung für ihre Steuervorlagen im Reichstag eine Mehrheit finden wird. Selbst wenn alle in der Regierung vertretenen Parteien geschlossen für die Vorlagen eintreten sollten, bedeutet das bekanntlich noch keine Mehrheit gegenüber der aus Sozialdemokraten, Kommunisten, Nationalsozialisten und Deutschnationalen bestehenden Opposition. Reichsminister und Reichsfinanzminister müssen daher versuchen, aus den Reihen dieser Oppositionsparteien Stimmen für ihre Vorlagen zu gewinnen. Nach ihrer grundsätzlichen Einstellung kommen dafür praktisch nur Sozialdemokraten oder Deutsche Nationalen in Frage. Zur Zeit rechnet die Reichsregierung offenbar damit, daß sich — ähnlich wie das bereits bei früheren Abstimmungen der Fall war — von den deutschnationalen Abgeordneten eine Anzahl bereit findet, für die Steuervorlage einzutreten, um dadurch die Durchführung des Hilfsprogramms für den deutschen Osten zu ermöglichen. Ob sich diese Hoffnung aber erfüllen wird, steht durchaus noch nicht fest. Im Gegenteil: die maßgebende deutschnationale Presse erklärt, daß die Fraktion nicht auseinanderfalle, sondern geschlossen gegen die Steuervorlagen stimmen werde.

Falls das nun tatsächlich der Fall sein wird und falls die Regierung auch von der Sozialdemokratie keinen Zusatz erhält, werden die Steuervorlagen abgelehnt. Für diesen Fall wird immer wieder der Artikel 48 der Reichsverfassung als Ausfallmittel genannt, mit dessen Hilfe die Reichsregierung die Steuervorlage in Kraft setzen wollte. Sehen wir uns diesen Artikel der Reichsverfassung vom 11. August 1919 einmal etwas näher an. Der Artikel hat fünf Absätze, von denen aber in unserem Zusammenhang nur Absätze 2 und 3 interessieren. Sie lauten:

„Der Reichspräsident kann, wenn im Deutschen Reich die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder gefährdet wird, die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen treffen, erforderlichenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht einschreiten. Zu diesem Zwecke darf er vorübergehend die in den Artikeln 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 133 festgesetzten Grundrechte ganz oder zum Teil außer Kraft setzen.“

Von allen gemäß Absatz 1 oder Absatz 2 dieses Artikels getroffenen Maßnahmen hat der Reichspräsident unverzüglich dem Reichstag Kenntnis zu geben. Die Maßnahmen sind auf Verlangen des Reichstags außer Kraft zu setzen.“

Soweit der Wortlaut der beiden in Betracht kommenden Absätze des Artikels 48. In den darin erwähnten Artikeln 114, 115 usw., die der Reichspräsident erforderlichenfalls außer Kraft setzen kann, ist festgelegt: die Freiheit der Person, das Brief-, Telegramm- und Fernsprechgeheimnis, die Pressefreiheit, die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit und schließlich die Gewährleistung des persönlichen Eigentums. Alle diese Verfassungsartikel also kann der Reichspräsident „ganz oder zum Teil außer Kraft setzen“, für den Fall, daß im Deutschen Reich „die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder gefährdet wird“. Man sieht, es handelt sich bei diesem Artikel 48 um das, was man früher „Verhängung des Belagerungszustandes“ nannte. Es ist die Errichtung einer (freilich nur vorübergehenden) Diktatur.

Könnte nun die Reichsregierung auf Grund dieses Artikels tatsächlich ihre Steuervorlagen in Kraft setzen? Der Wortlaut des Artikels ergibt klar, daß man an diesen oder einen ähnlichen Fall bei der Beratung der Verfassung kaum gedacht hat. Man wollte vielmehr für den Fall revolutionärer Unruhen, großer Ausschreitungen und dergleichen Vorkehrungen treffen. Das ergibt sich auch daraus, daß es in dem Artikel ausdrücklich heißt, der Reichspräsident könne „erforderlichenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht einschreiten“. Man muß daher den Artikel 48 schon etwas weitherzig auslegen, wenn man, auf ihn gestützt, Steuergesetze in Kraft setzen will. Dabei kann man ungefähr so argumentieren: Zur Zeit ist ein erhebliches Reichsdefizit vor-

Die Weltwirtschaftskrise.

Frankreich kann sich der Weltkrise nicht entziehen. — Die Lage auf dem englischen Markte. — Deutsche Ausfuhrsteigerungen im Spiegel des Auslandes.

X Berlin, 14. Juli. Nicht nur in Deutschland, das unter den Lasten der Tributzahlungen an seine Kriegsgegner schwer zu leiden hat, sondern auch in den anderen Staaten, die zum Teil vom Krieg verschont geblieben sind, zum Teil zu den Siegerstaaten zählen, bestehen lebhafteste wirtschaftliche Krisen. Diese Tatsache zeigt recht anschaulich die wirtschaftliche Verflochtenheit der ganzen Welt und es ist interessant, hier einmal die Stimmen des Auslandes zu hören, um zu erfahren, wie man dort die internationale Lage des Wirtschaftslebens beurteilt.

Wenn wir uns einer eigenen Stellungnahme dazu enthalten, dann besagt das nicht, daß wir diesen Gedankengängen zustimmen. Unsere eigene Haltung zu den Wirtschaftsfragen wird dadurch in keiner Weise beeinflusst.

Eine französische Stimme.

Das führende Blatt der französischen Wirtschaft „La Nouvelle Industrielle“ schreibt: „Bei allen Programmen, in denen irgendeine Regierung eine Politik des „wirtschaftlichen Aufschwunges“ verspricht, wird immer übersehen, daß maßgebend die Tatsache der wirtschaftlichen Verflochtenheit der ganzen Welt ist, daß man den wirtschaftlichen Aufschwung in einem einzelnen Lande nicht einfach verfügen kann.“

Eine Tatsache aus den letzten Tagen, der Zwischenfall des neuen amerikanischen Zolltarifs, macht es ja ganz deutlich, daß es die Wirtschaft bestimmende Kräfte gibt, über die das einzelne Land keine Macht hat. Selbst Frankreich, das ja noch am glücklichsten steht, dessen Wirtschaft nicht so aus dem Gleichgewicht geraten ist, wie die anderer Länder, kann sich den Auswirkungen der Weltkrise nicht entziehen...“

Von Jenseits des Kanals.

Das englische Finanzblatt „Financial News“ schreibt: „Die bisherigen internationalen Vereinbarungen zur Regelung der Weltwirtschaft haben sich als unwirksam erwiesen. Alle diese Versuche, durch Einschränkung der Produktion die Entwicklung des

Handels, für das keine Deckung da ist. Wenn dieser Zustand andauert, können die Zuschüsse an die Arbeitslosenversicherung und damit die Arbeitslosenunterstützungen nicht mehr voll bezahlt werden, ja, es könnte eines Tages soweit kommen, daß die Beamtengehälter nicht mehr ausbezahlt und die sonstigen Verpflichtungen des Reiches nicht mehr erfüllt werden könnten. Kein Zweifel, daß dadurch die öffentliche Ordnung gefährdet ist — also ist die Voraussetzung für die Anwendung des Artikels 48 gegeben!“

Nun heißt es aber im Absatz 3 dieses Artikels, daß von allen getroffenen Maßnahmen unverzüglich dem Reichstag Kenntnis zu geben ist und daß die Maßnahmen auf Verlangen des Reichstages außer Kraft zu setzen sind. Im vorliegenden Falle wären die „getroffenen Maßnahmen“ die Steuergesetze. Würde der Reichstag wohl tatsächlich ihre Außerkraftsetzung verlangen? Nach Artikel 48 der Verfassung ist er dazu berechtigt und keinem Verlangen müßte entsprochen werden. Die Regierung hätte also wieder keine neuen Steuern! Die Reichsregierung rechnet aber offenbar damit, daß der Reichstag ein solches Verlangen nicht stellt, oder aber sie denkt daran, daß im Falle der Anwendung des Artikels 48 der Reichstag auf eine 1/3 ist. Dann könnte von den „getroffenen Maßnahmen“ erst ein neuer Reichstag Kenntnis gegeben werden, der sich wohl damit begnügt, diese Regierungsmittel entgegenzunehmen.

Das ist die Lage, für den Fall, daß eine Erledigung der Steuervorlagen auf parlamentarischem Wege nicht möglich sein sollte. Man sieht, die Situation ist, auch wenn man (oder vielleicht gerade wenn man) den Artikel 48 anwenden will, gar nicht so einfach. Deshalb auch das Bestreben der Reichsregierung, seine Anwendung nach Möglichkeit zu vermeiden und doch noch mit dem Parlament zu einer Einigung zu kommen.

Das Kompromiß über die Bürgersteuer.

Die Steuerfrage.

In der Besprechung der Finanzsachverständigen der Regierungsparteien am Sonntag hat man sich, vorbehaltlich der heutigen Zustimmung der einzelnen Fraktionen, auf folgenden Mittelsweg geeinigt: § 1. Die Gemeinden sind berechtigt und in den Fällen des § 3 verpflichtet, von allen im Gemeindebezirk wohnenden Personen, die über 20 Jahre alt sind, eine Bürgersteuer zu erheben. Die Steuer darf nicht erhoben werden von Personen, die seit einem Monat vor dem Stichtag (10. Oktober eines jeden Jahres) laufend öffentliche Fürsorge genießen, und Arbeitslosen, deren Personalausweis noch näher bestimmt werden soll. Der Reichsfinanzminister ist

Geschäfts nach einer bestimmten Richtung hin zu beeinflussen, haben das Gegenteil des Erstrebten bewirkt. Man braucht nur auf die Märkte für Kautschuk, Tee, Zinn, Kupfer, Kaffee, Baumwolle, Kohle, Petroleum, Weizen und Wein zu verweisen. Im Gebiet der Fertigwaren-Industrie haben die zahlreichen Kartelle, Verbände und Vereinigungen auch nicht erfolgreicher gearbeitet. Warum bringt das Geschäft heute keinen Nutzen? Wird wirklich zuviel produziert? Sind die Preise tatsächlich zu niedrig?

Eine wirksame Kontrolle über das vielfältige Gebiet der Produktion mehrerer Erdteile ist aber nicht durchführbar. Es wird dadurch gerade die Ueberschwemmung der Märkte mit Waren erreicht, die man verhindern wollte. Es stellt sich nunmehr heraus, daß die alte Politik der freien Produktion, der freien Markterzeugung und der freien Preisregulierung durch sachverständige „Zwischenhändler“ doch noch mehr den Interessen der Hersteller und Verbraucher entspricht, als das gegenwärtig geübte Verfahren der Beschränkung der Produktion und der Aufrechterhaltung der Preise.

Furcht vor der deutschen Ausfuhr.

Ueber diese Frage schreibt das englische Finanzblatt „Financial Times“ u. a. „Europa fragt sich sorgenvoll, ob es jetzt von Deutschland her neue wirtschaftliche Schwierigkeiten zu erwarten hat. Durch die Herabsetzung der Löhne in Deutschland soll eine Steigerung der deutschen Ausfuhr ermöglicht werden. Damit wird der Kampf zwischen dem Nationalismus und dem Internationalismus in der Industrie eröffnet; denn die Steigerung der Ausfuhr geht über das bisher geübte Verfahren der begrenzten Regelung durch Kartelle und gleichartige Vereinigungen glatt hinweg.“

Allerdings muß Deutschland seine Ausfuhr außer allem Verhältnis zu seiner Einfuhr steigern, wenn es die stetige Zahlung der Reparationen ohne übertriebene Borgwirtschaft ermöglichen will. Die Wahrscheinlichkeit einer Steigerung der deutschen Ausfuhr aber stellt die übrige Welt vor eine ganze Anzahl Fragen. Wie leicht werden die Gläubigermächte, die die Reparationen von Deutschland zu bekommen haben, dadurch zu einer ganz anderen Betrachtung der Sachlage geführt.“

ermächtigt, mit Zustimmung des Reichstags weitere Personenkreise von der Steuerpflicht zu befreien.

§ 2. Die Höhe der Bürgersteuer wird von den Ländern bestimmt (Landesgesetz), jedoch nicht weniger als 6 RM. für das Jahr. Der Landesgesetz ermächtigt sich auf die Hälfte für Personen, die einkommensteuerefrei sind, und für die Ehefrau. Eine anderweitige Staffelung ist ausgeschlossen.

§ 3. Wenn für das Rechnungsjahr 1930 in einer Gemeinde die Gemeindegrundsteuer oder die Gemeindegewerbesteuer über den bis zum 1. Juli 1930 beschlossenen Satz erhöht wird, ist die Gemeinde verpflichtet, für dieses Rechnungsjahr die Bürgersteuer einzuführen. Vom Rechnungsjahr 1931 ab bis zum Inkrafttreten des Grundsteuerrahmengesetzes und des Gewerbesteuerrahmengesetzes ist die Gemeinde verpflichtet, die Bürgersteuer einzuführen, wenn für die Gemeindegrundsteuer oder die Gemeindegewerbesteuer der am 1. Juli 1930 beschlossene Satz überschritten wird, oder wenn der für die Gemeindegrundsteuer oder für die Gemeindegewerbesteuer beschlossene Satz den Landesdurchschnitt übersteigt; in diesem Falle ist, wenn der Landesdurchschnitt um nicht mehr als 150 v. H. überschritten wird, für das gleiche Rechnungsjahr die Bürgersteuer mit einem Zuschlag von 50 v. H. zum Landesgesetz zu erheben, um mehr als 150 v. H., jedoch nicht mehr als 200 v. H., mit einem Zuschlag von 100 v. H. und um mehr als 200 v. H. mit einem Zuschlag von 150 v. H. Die Landesregierung stellt die Höhe des Landesdurchschnitts der Gemeindegrundsteuern und der Gemeindegewerbesteuern fest.

Wie verlautet, hat bis jetzt die Deutsche Volkspartei der mobilisierten Bürgersteuer zugestimmt. Das Zentrum und die Demokraten haben zwar Bedenken ausgesprochen, werden jedoch die Steuer an ihren Fraktionen nicht scheitern lassen. Diese Bedenken bestehen beim Zentrum vor allem noch deshalb, weil einer von ihm gewünschten Staffelung bei der Bürgerabgabe nicht stattgegeben worden ist. Die Wirtschaftspartei stimmt gleichfalls im Prinzip zu, hätte jedoch gern näheres über die Auswirkungen des Gesetzes erfahren. Berechnet wird auch mit der Zustimmung der Bayerischen Volkspartei, so daß die Bürgerabgabe von allen Regierungsparteien gedeckt wird, wobei jedoch noch offen steht, ob sie im Plenum des Reichstags eine Mehrheit finden wird.

Die Deutschnationalen lehnen ab.

In der Fraktionsführung der Deutschnationalen stellte der Fraktionsvorsitzende, Abg. Overhagen, fest, daß die Fraktion an ihrer ablehnenden Stellung festhalte, und daß insbesondere die Bürgersteuer auch nicht dem entspricht, was sich die Deutschnationalen darunter vorstellen.

Das Osthilfegesetz im Reichstag.

Berlin, 14. Juli.

Der Notenwechsel zur deutsch-französischen Vereinbarung über den Warenverkehr zwischen dem Saargebiet und dem deutschen Zollgebiet wird debattiert in allen drei Lesungen angenommen, ebenso die Vorlage über die Auflösung des Reichsausschusses vom 30. September 1930.

Das Baurechtsgesetz für 1930 wird dem Haushaltsausschuß überwiesen.

Es folgt die zweite Beratung des Osthilfegesetzes.

Abg. Stelling (Soz.) weist darauf hin, daß die in ganz Deutschland bestehende allgemeine Wirtschaftslage für den deutschen Osten verschärft sei durch die verschärfte Grenzschließung und den jahrelangen Wirtschaftskrieg mit Polen. Was bisher für den Osten geschehen ist, waren Tropfen auf den heißen Stein. Jetzt soll ein Ostprogramm auf lange Sicht verwirklicht werden. Wir beantragen, daß von den für die Landwirtschaft bereitgestellten Mitteln weitere 15 Millionen abgezweigt werden in erster Linie zur Verbesserung der Verkehrswege im Osten und zum Ausbau der Oberwasserstraßen. Es sollte auf die deutsche Wirtschaft ein Druck dahin ausgeübt werden, daß sie statt der ausländischen Arbeitskräfte deutsche Arbeiter beschäftigt. (Sehr richtig!)

Abg. Dr. Kleiner (Dn.) bedauert, daß die Erkenntnis von der Lebensnotwendigkeit des Ostens nicht Allgemeingut der Nation sei. Es wäre sonst unmöglich, daß ein Außenminister noch einen Tag im Amt bliebe, nachdem er den deutschen Winderheiten in Polen den schmerzhaften Rat zur Loyalität gegenüber einem Staate erteilt habe, der diese Winderheiten mit allen Mitteln der Wille und Gewalt zu vernichten suche. Es wäre auch die Aufstellung nicht möglich, als sei die Ostnot eine Erfindung subventionstüchtiger Schichten. Der Osten verlange nicht mehr als eine teilweise Wiedergutmachung dessen, was ihm durch feindliche Eingriffe, durch Irrtümer und Unterlassungen der Nachkriegspolitik angetan worden sei. Die ostdeutsche Wirtschaft müsse in die deutsche Gesamtwirtschaft eingegliedert werden.

Abg. Dr. Perlt (Dn.) begrüßt die Vorlage. Unter der drückenden Kollage im Osten seien die Zwangsverhältnisse an der Tagesordnung. Das Ziel der Osthilfe müsse sein, dem Bauer wieder die freie Verfügung über seine Ernte zu geben. An der Form, in der die erforderlichen Mittel bereitgestellt sind, sollte nicht getüftelt werden. Besonderer Fürsorge bedürfte das darniederliegende Schulwesen im Osten. Das Gebiet der Osthilfe dürfe nicht auf die unmittelbaren Grenzgebiete beschränkt werden. Man sollte auch die nördlichen niederschlesischen Gebiete nicht vergessen.

Abg. Mertins (Soz.) verlangt energische Förderung der Anliegsbefreiung in Ostpreußen. Dabei müßten die verdrängten Landarbeiter in erster Linie berücksichtigt werden.

Abg. Freiherr v. Althaus (D. V.) bezeichnet die schleunige Durchführung der Osthilfe als dringend notwendig. Sie dürfe nicht verzögert werden durch die Versuche der verschiedenen Parteien, sich bei der Ausführung des Gesetzes einzuschalten. Die mit der Vorlage verbundene Einrichtung der Abfuhrbank sei notwendig angesichts des komplizierten Aufgabengebietes. Wer grundsätzlich jeden Handelsvertrag mit Polen bekämpft, der versperre damit den Weg für eine dauernde Gesundung der ostdeutschen Wirtschaft.

Abg. Goerke (Komm.) bezeichnet die Vorlage als eine Hilfsaktion für den Grundbesitz; sie sei zugleich auch ein imperialistischer Vorstoß gegen Sowjetrußland. Die Kollage im Osten sei groß bei den werktätigen Massen, nicht aber bei den Unternehmern und bei den Großagrariern.

Die Beratung wird hierauf unterbrochen, um die am Samstag zurückgestellten Abstimmungen nachzuholen.

Das Gesetz über die Fälligkeit der Aufwertungshypotheken und das Gesetz über die Vereinfachung der Grundbücher werden nach Ablehnung der Änderungsanträge in dritter Lesung endgültig angenommen. Der Antrag der Deutschnationalen auf Herausnahme der landwirtschaftlichen Tilgungshypotheken aus dem Gesetz wird in namentlicher Abstimmung mit 246 gegen 149 Stimmen bei zwei Enthaltungen abgelehnt.

Angenommen wird auch die Entschlebung, wonach die Einköpfung für die Aufwertungshypotheken nicht auf die Rieten abgewälzt werden darf.

In der Schlussabstimmung über das Gesetz über den endgültigen Reichswirtschaftsrat werden für die Vorlage 231, dagegen 102 Stimmen abgegeben bei zwei Stimmenthaltungen. Gegen die Vorlage haben die Deutschnationalen, Kommunisten, Nationalsozialisten und Christlich-Nationalen Bauern gestimmt.

Präsident Lohse stellt fest, daß durch die Abstimmung die Erfordernisse für die Annahme eines verfassungsbändernden Gesetzes nicht erfüllt seien. Die Vorlage sei also abgelehnt.

Darauf folgt die dritte Beratung des Gesetzes über die Vermählung von Inlandszweigen.

Der sozialdemokratische Antrag, der die Brotgewichtskontrolle in das Gesetz einfügen will, wird in namentlicher Abstimmung mit 200 gegen 100 Stimmen bei 8 Stimmenthaltungen angenommen.

Das so geänderte Gesetz wird dann im Hammersprung mit 208 gegen 140 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten bei einer Stimmenthaltung angenommen.

Um 10½ Uhr vertagt sich das Haus auf Dienstag 15 Uhr.

Die Wirtschaftspartei fordert Auflösung des Reichstags.

Die Wirtschaftspartei hat im Reichstag einen Antrag eingebracht, in dem die Reichsregierung ersucht wird, den Reichspräsidenten zu bitten, daß im Falle der Ablehnung der Deckungsvorlage und der Vorlagen über die Revision des Erwerbslosen- und Krankenkassenwesens und der Ausgabenkontrollbestimmungen der Reichstag aufgelöst wird.

Durch den Antrag soll verhindert werden, daß der Artikel 48 in Anwendung gebracht wird, ohne daß der Reichstag aufgelöst wird.

Sozialpolitischer Ausschuß des Reichstags.

Der Reichstagsausschuß für soziale Angelegenheiten setzte die Beratung der Änderungen in der Krankenversicherung fort. Nach umfangreicher Aussprache wurde für die Beziehungen zwischen Krankenkassen und Ärzten u. a. beschlossen:

Die Kassen sind verpflichtet, die Vereinbarung des behandelnden Arztes über die Arbeitsunfähigkeit und seine Verordnungen, insbesondere soweit sie ärztliche Sachleistungen betreffen, in den erforderlichen Stellen durch einen anderen Arzt (Vertrauensarzt) rechtzeitig nachprüfen zu lassen. Wird bei einer Krankenkasse die ärztliche Versorgung dadurch ernstlich gefährdet, daß die Kasse keinen Vertrag zu angemessenen Bedingungen mit einer ausreichenden Zahl von Ärzten schließen kann, oder daß die Ärzte

den Vertrag nicht einhalten, so kann anstelle der freien ärztlichen Behandlung ein bare Leistung in Höhe von 80 v. H. der wirklichen Kosten gewährt werden; bei Arbeitsunfähigkeit erhöht sich zugleich das Krankengeld um 10 v. H. des Grundlohns, mindestens aber um 50 Reichspfennige für den Krankenentgelt. Weiter beschloß der Ausschuß, daß in der Regel auf je 1000 Versicherte ein Arzt kommen soll. Überschreitet bei einer Kasse die Zahl der Ärzte in auffällender Weise das Bedürfnis, so kann das Oberverwaltungsamt anordnen, daß andere Ärzte bei der Kasse nicht mehr zugelassen werden. Außerdem beschloß der Ausschuß, daß die Familienkrankenkassenpflichtversicherung werden soll; für den Zusatzbeitrag wird ja auch kein Raum mehr gelassen.

Reichsminister Dr. Curtius.

auf dem badischen Heimattage.

Auf dem badischen Heimattage in Karlsruhe ergriff Reichsaussenminister Dr. Curtius das Wort, um die Grüße und Wünsche der Reichsregierung zu übermitteln. Die beiden anderen Badener im Reichskabinett, die Minister Dr. Birtz und Dietrich, bedauerten lebhaft, dem Heimattage fernbleiben zu müssen. Dr. Curtius führte u. a. aus: Zu keiner Zeit in der deutschen Geschichte war das deutsche Gesamtbewußtsein so stark wie in der Gegenwart. Dieses Gesamtbewußtsein kommt zum Ausdruck im badischen Heimattage, darin liegt ein lebendiger Ausdruck der Volksgemeinschaft. An diesem Zusammenhang gedachte der Minister der befreiten Pfalz. Die Erreichung des Zieles der Befreiung sei letzten Endes im Zusammenwirken des ganzen deutschen Volkes unter der Führung von Gustav Stresemann möglich geworden (Lebhafte Zustimmung). Die Badener seien entschlossen die Beziehungen zu der Pfalz noch inniger zu gestalten, der Bau der drei neuen Rheinbrücken sei Symbol.

Der Außenminister äußerte dann das Bedauern über die Unterbrechung der Saarverhandlungen und knüpfte daran die Hoffnung, daß das Saargebiet bald zu Deutschland zurückkehre, nachdem der Grund für das Saarregime des Verfallens beseitigt sei. Mit einem zuverlässigen Bild in die Zukunft schloß Dr. Curtius seine von starkem Beifall begleiteten Ausführungen. Gesangsvereine aus dem Saargebiet antworteten auf die Rede mit dem „Saarschwur“, der allgemeine Gesang des Deutschlandliedes bildete den würdigen Abschluß der imposanten Rundgebung.

Der Strafantrag im Berufsungsprozeß Stinnes.

Berlin, 15. Juli. In der Berufsungsverhandlung des Stinnes-Prozesses beantragte der Vertreter der Anklagebehörde gegen den Hauptangeklagten Hugo Stinnes eine Geldstrafe von 100 000 Reichsmark, wobei 20 000 Reichsmark als durch die Untersuchungshaft verbüßt gelten sollten. Bei den Angeklagten v. Walldorf und Bela Groß, die in erster Instanz zu je vier Monaten Gefängnis verurteilt worden waren, trat der Staatsanwalt für die Verurteilung der Berufsungen ein. Wegen den Angeklagten Leo Dirsch beantragte er eine Geldstrafe von 8000 Reichsmark, wovon 1000 Reichsmark als verbüßt gelten sollten. Der Strafantrag gegen den Angeklagten Rothmann lautete auf 10 000 Reichsmark Geldstrafe unter Anrechnung von 2000 Reichsmark auf die Untersuchungshaft.

Der Reichstag besucht die Internationale Hygiene-Ausstellung.

Dresden, 14. Juli. Eine größere Anzahl von Abgeordneten des Reichstages besuchte gestern das Deutsche Hygiene-Museum und die Internationale Hygiene-Ausstellung. Am dem Empfang im Deutschen Hygiene-Museum nahmen u. a. Ministerpräsident Schlegel und der sächsische Innenminister Dr. Richter teil.

Zusammenstoß auf einem kommunistischen Jugendtag.

Emsbörn, 15. Juli. Auf einem kommunistischen Jugendtag kam es nach dem Vorbeimarsch des Demonstrationzuges, an dem sich rund 800 Personen beteiligten, bei der Rückkehr vom Versammlungsort zu Ausschreitungen, in deren Verlauf mehrere Personen verletzt wurden. Kriminalbeamte, die den Streit schlichten wollten, wurden niedergeschlagen. Die herbeigerufenen Polizeiverstärkung wurde mit Steinen beworfen. Mehrere Kriminalbeamte und Landjäger haben Verletzungen davongetragen. Zwei der beteiligten Kommunisten wurden festgenommen.

Ein Motorrad rast in einen Verein.

Castrop-Rauxel, 15. Juli. Ein schweres Motorradunglück ereignete sich im Stadtteil Schwerin. Kurz vor der Zechenbahn der Zeche „Gras Schwerin“ fuhr ein Motorradfahrer aus Dortmund beim Ueberholen des von einem Ausflug zurückkehrenden Knappenverein der Zeche „Erin“ plötzlich in die Spitze des Zuges. Acht Personen wurden zu Boden geschleudert und zum Teil lebensgefährlich verletzt. Sie mußten sofort dem Krankenhaus zugeführt werden. Ein Bergmann erlitt so schwere Verletzungen, daß er kurz darauf starb.

Die beabsichtigte Gehaltskürzung der Vereinigten Stahlwerke rechtungsfähig.

Mülheim (Ruhr), 15. Juli. Die Arbeitgebergruppe Nordwest hatte unter dem 1. Juli ihren Angestellten durch Rundschreiben mitgeteilt, daß die überhöhten Einkommen gekürzt werden sollten. Das Mülheimer Arbeitsgericht beschloß nun mit einem Urteile der Vereinigten Stahlwerke, in dem gefordert wurde, daß diese Maßnahme der Arbeitgeber für rechtungsfähig erklärt werde. Die Vertreter der Gewerkschaften sowie der Angestelltenrat betonten, die Maßnahme sei rechtungsfähig, und verlangten Abweisung des Antrags. Nach längerer Beratung wurde der Antrag der Vereinigten Stahlwerke abgelehnt und an die nächsthöhere Berufungsinstanz — Landesarbeitsgericht Duisburg — überwiesen.

Großfeuer in einer Schuhfabrik.

Frankfurt a. M., 15. Juli. Gestern früh entstand in der Schuhfabrik „Neuco“ in der Fischersfeldstraße aus bisher noch nicht bekannter Ursache ein Brand, der die ganze Inneneinrichtung sowie die Schuhvorräte vernichtete. Der Feuerweh, die mit Rauchmasken vorgehen mußte, gelang es nach zweistündiger Arbeit, den Brand zu löschen. Der Schaden ist erheblich, ist jedoch durch Versicherung gedeckt.

Im Alter von 100½ Jahren gestorben.

Langenselbold, 15. Juli. Hier verstarb nach langem Leiden Frau Minna Kersting geb. Claus im Alter von 100½ Jahren. Damit ist nicht nur die älteste Einwohnerin des Kreises Hanau, sondern auch von ganz Hessen-Nassau verschieden. Kurz vor

ihrem 100. Geburtstag hatte die Dahlemerin einen Sturz erlitten, der die noch geistig und körperlich tüchtige Frau ans Bett fesselte.

Einstellung des Schiffverkehrs auf der Elbe.

Magdeburg, 15. Juli. Nachdem die tschechoslowakische Dampfschiffahrtsgesellschaft infolge des niedrigen Wasserstandes als letzte der Elbschiffahrtsgesellschaften ihren Betrieb eingestellt hat, ruht der gesamte Schiffsverkehr auf der Elbe. Nur einige Eisdampfer verkehren noch.

Die Vergungsarbeiten im Kurtschacht.

Breslau, 15. Juli. Wie die „Schlesische Zeitung“ aus Hausdorf meldet, sind bei den Vergungsarbeiten auf der dritten Sohle des Kurtschachtes seit Samstag Tote nicht geborgen worden. Eine Kommission, die sich aus dem Oberbergshauptmann Flensing (Berlin), Ministerialrat Nothe vom Grubenberichtsamt Berlin, Berghauptmann Fischer (Breslau) und einigen Mitgliedern des Breslauer Oberbergamtes zusammensetzte, ist in den Kurtschacht eingestiegen, um sich über den Stand der Vergungsarbeiten zu unterrichten.

Die Tributbank in Basel.

Basel, 15. Juli. Der Verwaltungsrat der Bank für Internationale Zahlungen (Tributbank) trat unter dem Vorsitz des Präsidenten des Verwaltungsrates MacGarrach zusammen. Die Hauptmitglieder des Verwaltungsrates, die Leiter der Notenbanken von Deutschland, England, Frankreich usw., nahmen an der Sitzung teil. Reichsbankpräsident Dr. Luthi ist vom zweiten Finanzdelegierten Dr. Melchior begleitet.

Zugentgleisung in Italien.

Rom, 15. Juli. Von dem Zuge Mailand-Chiasso, der kurz nach Mitternacht Mailand verließ, entgleisten in der Nähe von Comano die Lokomotive und drei Wagen. Der Lokführer erlitt schwere Verletzungen. Der Zugführer und vier Reisende wurden leicht verletzt.

Deutsche Pfadfinder und Studenten in Rumänien.

Bukarest, 15. Juli. In Jassy trafen 250 deutsche Pfadfinder und Studenten in Begleitung mehrerer Professoren ein. Sie wurden am Bahnhof von Vertretern der Ortsbehörden, der Studentenvereinigungen, der rumänischen Pfadfinder und der deutschen Kolonie begrüßt und in geschlossenem Zuge mit Militärmusik in die Stadt geleitet. Die Universität von Jassy veranstaltete einen feierlichen Empfang der deutschen Gäste, bei dem Professor Ebreja die Begrüßungsansprache hielt und Professor Demol-München für den Empfang dankte. Die deutschen Gäste haben ihre Reise nach den deutschen Siedlungen inessarabien fortgesetzt.

Eine Rede Tardieus.

Warum er das Parlament nach Hause schickte.

Der französische Ministerpräsident Tardieu hielt auf dem Festbankett der Generalversammlung der ehemaligen Frontkämpfer des Loiregebietes in Montbrison eine politische Rede, in der er seine Politik verteidigte. Drei Gründe nationaler Natur hätten ihn, so führte er u. a. aus, veranlaßt, sein Parlament in die Ferien zu schicken. Erstens hätte man die Tagung um Wochen verlängern müssen, wenn man die Wirtschaftsreform hätte verabschieden wollen. Zweitens habe er manchmal am Tage lebhaften Angriffen standhalten und fortgesetzt die Vertrauensfrage stellen müssen. Es sei nicht notwendig, Frankreich glauben zu machen, daß die einzige Aufgabe der Parlamente darin bestehe, Minister zu stürzen. Der dritte Grund, der ihn zur Schließung veranlaßt habe, sei, daß die Menschenkraft eine Grenze habe. Im übrigen erklärte Tardieu: Neugeburt des Programms seien erledigt. Die Arbeit für nationale Verteidigung, die die Zustimmung der Parlamentsausschüsse hätten, würden auf verfassungsmäßigen Wege, wie es während der Ferien üblich sei, in Kraft gesetzt. Im übrigen bestünde die Politik der Regierung noch für viele Jahre darin, eine Zukunft des organisierten Friedens und der Stabilität vorzubereiten und die bisher erzielten Gewinne zu erhalten. Diese Gewinne seien nationale Unabhängigkeit, die Sicherheit, finanzieller Ausgleich, wirtschaftliche Tätigkeit und Ordnung im Inneren des Landes.

Der unruhige Orient.

Vor einer Revolution in Ägypten.

Schon seit längerer Zeit befindet sich das Land Ägypten in einer politischen Erregung, die sich in großen Demonstrationen gegen den König, dem man ein autokratisches Regiment vorwirft, äußert. Wie nun aus Kairo gemeldet wird, ist das Parlament durch königlichen Erlaß auf die Dauer von drei Wochen verlagert worden. Das Londoner Blatt „Daily Mail“ spricht die Befürchtung aus, daß Ägypten unmittelbar vor einer Revolution stehe. Der diplomatische Korrespondent des Blattes schreibt: Führende ägyptische Nationalisten in London und Kairo sprechen ganz offen von der kommenden Revolution; sie erbittern die Möglichkeit der Ausrufung einer ägyptischen Republik mit Nubas Pascha als erstem Präsidenten oder die Möglichkeit einer Absetzung des Königs Fuad und die Ausrufung seines Sohnes, des zehnjährigen Prinzen Farouk, zum König.

Auch „Daily News and Chronicle“ befaßt sich in einem Leitartikel mit der Möglichkeit von Unruhen in Ägypten und sagt, König Fuad habe anscheinend beschlossen, ohne Parlament zu regieren und so gut wie ganz Ägypten herauszufordern. Für den Fall erster Unruhen verlässe der König sich offenbar auf die Hilfe britischer Bataillone. Unter diesen Umständen habe die britische Regierung die Pflicht, dem König unverzüglich zu sagen, daß sie zwar Leben und Eigentum der Ausländer in Ägypten, nicht aber den König selbst vor den Folgen seiner verfassungswidrigen und herausfordernden Handlungswelt schützen werde.

Persien und die Türkei.

Die von russischen und türkischen Zeitungen erhobenen Beschuldigungen, daß Persien die im Aufstand gegen die türkische Regierung befindlichen Kurden mit Waffen versorge, werden von der persischen Presse energisch in Abrede gestellt.

Die Blätter „Iran“ und „Schafar-i-Sorth“ erklären, daß es bei den herzlichen Beziehungen zwischen Persien und der Türkei bleiben werde und geben der Hoffnung Ausdruck, daß sich die türkische Regierung durch irreführende Meldungen nicht beeinflussen lassen werde.

Lokales.

Bad Homburg, den 15. Juli 1930.

Englische Musikwoche in Bad Homburg. Die Musikwelt wird diese Woche ihre Augen auf Bad Homburg richten. Nach der glanzvoll verlaufenen Festwoche werden es nun die Tage vom 15. — 17. Juli sein, die in der Saison 1930 die große Sensation bilden werden. Die Bedeutung dieser Musikwoche geht schon daraus hervor, daß der Großbritannische Botschafter in Berlin, Sir Horace Rumbold, das Patronat derselben übernommen hat. Dienstag, der 1. Tag des Zyklus, bringt einen Vortrag (mit Demonstrationen) von Dr. Anton Mayer-Berlin, der über das Thema „Einführung in die Englische Musikwoche“ sprechen wird. Am Mittwoch findet im Kurhaus-Theater ein Symphoniekonzert unter Leitung von Constant Lambert-London statt. Als Solist wird hier Harriet Cohen-London auftreten. Am Donnerstag wird dann ein Kammerkonzert im Goldsaal die Musikwoche abschließen. Ausführnde des letzten Konzerts sind Harriet Cohen-London (Klavier), Herrmann Fehse (Orgel) und das Quartett unter Führung von Konzertmeister Gustav Penzowski. Schon die Auswahl dieses Solistenmaterials bürgt für die hohe Qualität der Veranstaltung. Es dürfte fernerhin interessieren, daß der bekannte englische Unterhaltungsprofessor Edward J. Dent in einer „Englische Musik“ betitelten Abhandlung im Programmheft eine interessante Einführung zur Musikwoche gibt. Die großen Berliner Blätter entsenden eigens zur Musikwoche ihre Musikkritiker und fast alle führenden englischen Tageszeitungen brachten ausführliche Vornotizen, meist überschrieben „German Hours for English Composers“ oder „English Music at Bad Homburg — a foreign compliment to our younger composers“. Auch „The Times“ bringt einen eingehenden Bericht mit Programm und betont Homburg ausdrücklich als „the favourite resort of English visitors during the time of King Edward“. Der Eintritt für den heutigen Abend beträgt M. 1.50 für den ersten und M. 1 — für den nicht-privilegierten Platz. Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß das morgige Symphoniekonzert, welches Werke zeitgenössischer englischer Autoren zur Aufführung bringt, im Abonnement einbezogen ist.

Homburger Sieger beim Södenen Tanzturnier. Vergangenen Samstag fand unter Aufsicht des Reichsverbandes zur Pflege des Gesellschaftstanzes im Kurhaus zu Soden ein Tanzturnier statt, das einen schönen Verlauf nahm. In der C-Klasse konnten folgende Paare siegreich abschließen: 1. Herr und Frau Bauer, Blau-Weiß-Albst; 3. Herr Blank-Frl. Gleiner-Blau-Weiß-Albst. — Unserem gestrigen Bericht über „Fest der Gesellschaft der Freunde Homburgs“ tragen wir gerne noch nach, daß das neu verpflichtete Tanzpaar des Kurhauses, Frl. Hinge-Herr von Kaiser, mit modernen Gesellschaftstänzen brillieren konnte.

Zweimal Erstaufführung. Ein Leser schreibt uns: Das Gleinerer Stadttheater brachte bekanntlich vergangene Woche das Lustspiel „Der Herr mit dem Fragezeichen“ zur Aufführung, und zwar als „Südwestdeutsche Erstaufführung“, wie der Theaterzettel extra bemerkte. Ich erlaube mir nun, daß das gleiche Stück vor einigen Tagen vom gleichen Ensemble ebenfalls als „Südwestdeutsche Erstaufführung“ in Raubheim gegeben wurde. Zweimal Erstaufführung, eigenartig.

Oberammergau im Kurhaus. Eine Aufführung des Oberammergauer Passionsspiels, dargestellt in über 100 Kolossal-Bildgemälden, wird Dienstag, den 22. Juli, 8.15 Uhr, im Goldsaal des Kurhauses stattfinden. Es handelt sich hier um die getreue Wiedergabe des eigentlichen Originals in bühnengroßen Bildgemälden. Es grenzt an das Wunderbare, wie dieses biblische Drama in überauschender Naturgetreue vor Augen geführt wird. Wir werden uns noch mit dieser Veranstaltung näher befassen.

Jugendabend des katholischen Junglingsvereins. Der katholische Junglingsverein Bad Homburg hält am Sonntag den 27. Juli im Saalbau einen Jugendabend ab. Wie die Gestaltung des Programms erkennen läßt, ist alles wieder darauf zugeschnitten, um die Besucher nur mit Auserlesenen zu erfreuen.

Das Gleinerer Stadttheater (Intendant Dr. Rolf Prach) gibt am 18. Juli, kommenden Freitag, das erfolgreiche Heimalstück Angermayers „Illeg, roter Adler von Itrol“. Der 40jährige Angermayer schrieb sich dieses Stück von Herzen. Ein Bekennnis zur Heimat, wie man es heutzutage nicht gewohnt ist. Ein erdhafte Stück, ein Bekennnis zur Scholle, zur Gleiherheimat. Keine falsche Vergromantik, sondern starker, harter Holzschnitt.

Die Trübsale einer Hölle am Brenner. Ein heingefundenes deutsches Volksstück, in dem die Not und die Kraft eines deutschen Volksstammes Wort und Gestalt erhält. Die Vorstellung beginnt um 20 Uhr. Spielleitung Peter Jassol.

Wetterbericht

Eine warme Bestätigung hat der für die jetzige Jahreszeit außerordentlich frühen Witterung ein Ende bereitet, jedoch hat das Wetter einen sehr unbeständigen Charakter angenommen.

Voraussichtliche Witterung: Zeitweise trübe, Regen, dann stellenweise aufklarend und wieder neue Trübung.

Aus Nah und Fern.

Δ Darmstadt. (Das Befreiungsdenkmal in Mainz.) Die Enthüllung des Befreiungsdenkmals in Mainz ist endgültig auf den 20. Juli festgesetzt worden. Sie erfolgt am Vormittag anlässlich der großen Mainzer Befreiungsfeier in Anwesenheit des Reichspräsidenten und der Minister der Reichs- und Länderregierungen im Zuge der Rundfahrt, die vor dem akademischen Festakt durch die Stadt unternommen wird. Das Denkmal steht auf dem Schillerplatz vor dem Gouvernements. Es zeigt die Figur einer Frau, die wie aus schwerem Traum erwachend sich sehnsuchtsvoll dem Lichte entgegenstreckt. Der Sockel trägt die Inschrift „1930“. Schöpfer des Denkmals ist der Dortmunder Bildhauer Benno Elkan. Das Rheinland-Befreiungsdenkmal ist aus einem Granitblock von 500 Zentner Gewicht gemeißelt und hat eine Gesamthöhe von 5 1/2 Meter. Es wird errichtet von Stiftern, die nicht genannt sein wollen, unter Mitwirkung der hessischen Regierung und der Stadt Mainz, die zu diesem Zweck den Schillerplatz ganz neu gestaltet.

Δ Darmstadt. (Ausbildung von Trichinenschauern.) Unter Hinweis auf das Gesetz über die Trichinenschau, durch das in Zukunft die obligatorische Trichinenschau bei allen gewerblichen Schlachtungen von Schweinen usw. vorgeschrieben wird, soll nach einer Verfügung des Ministers des Innern im Einvernehmen mit den zuständigen Veterinärstellen schon jetzt mit der Ausbildung von Trichinenschauern mit möglichster Beschleunigung nach den bestehenden Bestimmungen veranlaßt werden. Die Durchführung der Trichinenschau erfolgt in engster Anlehnung an die Fleischbeschauerorganisation und wird in weitestem Umfang den selber schon mit der Fleischschau beauftragten Personen übertragen. Wenn sich die Neueinstellung von Kurtrichinenschauern in einzelnen Bezirken als notwendig erweist, werden hierbei in erster Linie geeignete Kriegsbeschädigte berücksichtigt.

Δ Darmstadt. (Strafantrag des hessischen Innenministers.) Der Vorsitzende der Darmstädter Nationalsozialisten, Stadtrat Abt, hat vor kurzem öffentlich behauptet, daß die politische Polizei vom Innenministerium angewiesen sei, in einer gegnerischen Versammlung Zusammenstöße mit Nationalsozialisten zu provozieren, um ein Verbot der NSDAP begründen zu können, um ihre Führer hinter Schloß und Riegel zu setzen. In diesen Ausführungen hat der hessische Innenminister eine schwere Beleidigung der ihm unterstellten politischen Polizei erlitten und deswegen gegen den Stadtrat Abt Strafantrag gestellt. Die Gerichtsverhandlung wird erweisen, daß selbstverständlich keinerlei Anweisung dieser Art an die Polizeibehörden ergangen ist.

Δ Lindenfels (Odenw.). (Das Lindenfelder Burgfest.) Nachdem am Vorabend die Beleuchtung der Lindenfelder Burg und der Stadthauptkuppel das Burgfest eingeleitet hatte, folgte der farbenprächtige Trachtenzug, der in diesem Jahre namentlich die sehr selten gewordenen Zweige des Odenwälder Handwerks und der heimischen Arbeit zeigte. Man sah u. a. Gruppen der Weber, Stelmacher, Wesenbinder, Nagelschmiede und Schuhmacher. Auch ein Wagen der heimischen Töpfer war im Zuge zu sehen. In dem Burghof löste sich der Zug auf, und dort setzte unter der Linde ein fröhliches Leben und Treiben ein, bei dem auch die alten Odenwälder Reigen wieder getanzt wurden.

Δ Groß-Gerau. (Ueberhandnehmen von Schwarzwild.) In unserem Gebiet wird in letzter Zeit großer Schaden durch Wildschweine verursacht. Aus Wörsfelde wird bereits ein Gesamtschaden von 5000 Mark gemeldet. Von sachverständiger Seite wird die Zahl der Schwarzkittel auf über 100 geschätzt. Klagen kommen aus Kesselbach, Raunheim und Wörsfelde.

Δ Groß-Bieberau. (Schwerer Unfall.) An einer kleinen Baustelle nahm ein Maurer einen Kessel mit Speis auf dem Gerüst in Empfang. Er hatte den Kessel wohl nicht richtig erfasst, besam das Uebergewicht und fiel vom Gerüst. Der Mann erlitt schwere Verletzungen und wurde in ein Krankenhaus verbracht.

Δ Biblis. (Die Gurken werden billiger.) Die Gurkenerte hat begonnen. Der Preis ist, nachdem die Anfuhr bereits stärker geworden ist, erheblich gesunken. Er beträgt jetzt für den Zentner 5 Mark, vielfach wird dieser Preis auch schon unterboten. Dabei handelt es sich um erstklassige Ware.

Δ Homburg. (Das Skelett im Steinbruch.) Im Steinbruch in Berge (Gemarkung Warbfeld) fand man beim Brechen von Kalksteinen ein menschliches Skelett, das nach dem Urteil Sachverständiger 50 bis 60 Jahre an dieser Stelle gelegen haben dürfte. Das Skelett lag in etwa ein Meter Tiefe, der Kopf war abgeschnitten und lag verkehrt beim Rumpf. Auch ein altes verrostetes Messer lag bei dem Fund.

Δ Bad Nauheim. (Bad Nauheim beschließt ein eigenes Rotkranzprogramm.) Unsere noch nicht 3000 Einwohner zählende Stadt hat 53 Personen, die aus der Erwerbslosenfürsorge ausgetreten sind, zu erhalten. 47 davon sind verheiratet und haben insgesamt 123 Angehörige. Die städtischen Aufwendungen für diese betragen insgesamt im letzten Vierteljahr wenig unter 3000 Mark. Beim Arbeitsamt werden gegenwärtig außerdem 40 Erwerbslose unterstützt, die in Kürze ebenfalls der Stadt zur Last fallen werden. Der Magistrat hat nun ein Rotkranzprogramm entworfen, das von der Stadtverordnetenversammlung genehmigt wurde. Als Zuschuß stellt der Kreis 50 Prozent der tatsächlich ersparten Fürsorgekosten zur Verfügung.

Δ Bad Ems. (Venedetti in Ems vor 60 Jahren.) Seit der Begegnung des damaligen Königs Wilhelm von Preußen, des späteren Kaisers Wilhelm I., mit Venedetti, dem französischen Gesandten, die laut Inschrift des sogenannten Venedettistones am 13. Juli 1870, 9 Uhr 10 Minuten morgens im Emsfer Kurgarten stattfand, sind heute 60 Jahre verflossen. Die Begegnung hatte bekanntlich kurz darauf den Ausbruch des deutsch-französischen Krieges zur Folge. Wie alljährlich, war der kleine schlichte Erinnerungstein im Emsfer Kurgarten (ein geplantes großes Denkmal hatte der alte Kaiser nicht erlaubt) mit Kornblumen, den Lieblingsblumen des Monarchen, geschmückt.

Δ Lauterbach. (Kommunale Bauprojekte zu Arbeitsbeschaffungszwecken.) Um für die ausgetretenen Erwerbslosen unserer Stadt Arbeitsgelegenheit zu schaffen und zugleich auch dringenden kommunalen Notwendigkeiten gerecht zu werden, beschloß der Gemeinderat auf Vorschlag von Bürgermeister Walz die Erbauung einer neuen Wasserleitung

und einen Straßenausbau nach dem im vorigen Jahr errichteten städtischen Schwimmbad. Für die Wasserleitungsarbeiten sind 50 000 Mark vorgesehen, für den Straßenausbau ebenfalls 50 000 Mark.

Δ Wiesbaden. (Grundsteinlegung zum 80er-Denkmal.) Die überaus starke Beteiligung der Bevölkerung an der heute auf dem Neroberg vollzogenen Grundsteinlegung des 80er-Denkmal zeigt die starke Verbundenheit des Regiments mit seiner Garnisonstadt. Das Ehrenmal gilt dem Gedächtnis der 15 680 Toten, die das Füsilier-Regiment von Gersdorff kurhessisches Nr. 80 im Weltkrieg verlor. Die Weiherede hielt Generalleutnant von Müller. Der Feiler wohnte auch die Landgräfin von Hessen, der frühere Chef des Regiments, bei.

Δ Mainz. (Befreiungskundgebung des Deutschen Beamtenbundes.) Der Deutsche Beamtenbund, dessen Vorstand und westlichen Kartelle zu Tagungen hier zusammengetreten waren, veranstaltete im großen Festsaal der Stadthalle eine imposante Befreiungskundgebung. Nach dem Vortrag der Befreiungsansätze von Albers entbot Oberbürgermeister Dr. Kieß der Festversammlung den Willkommengruß der Stadt. Der erste Vorsitzende des Landesverbandes Rheinland des Deutschen Beamtenbundes, Oberförstinspektor (Vörsen) Bonn, gab in seiner Begrüßungsansprache zunächst ein Telegramm des Reichskanzlers bekannt. Die Begrüßungsansprache klang in den Wunsch aus, daß das Rheinland seine letzte Befreiungsfeier begehen möge, und neidlos seinem deutschen Vaterlande beifallen bleibe. Dann hielt Professor Dr. Konen-Bonn, der Rektor der Bonner Universität, die Festrede, in der er in tiefstehenden Ausführungen über das Verhältnis zwischen Beamten und Staat sprach. Die Größe der Reichsregierung, des Ministeriums für die besetzten Gebiete und des Reichsinnenministeriums übertrug Ministerialdirektor Müller vom Ministerium für die besetzten Gebiete, der auch den Dank der Reichsregierung für die treue Pflichterfüllung der Beamten, Angestellten und Arbeiter des besetzten Gebiets zum Ausdruck brachte. 40 000 Angehörige der öffentlichen Verwaltung wurden während der Befreiung ausgewiesen, 1000 Jahre Freiheitsstrafe verhängt. In echter Volks- und Staatsverbundenheit habe die Beamenschaft während der harten Befreiungszeit, die in der Geschichte des deutschen Beamtenums ein Ruhmesblatt bilden, auf dem Posten gestanden. Die Größe der hessischen Regierung übertrug Provinzialdirektor Dr. Wehner-Mainz. Rektor Schneider-Saarbrücken übermittelte die Grüße der saarländischen Beamenschaft. In seinen Schlussworten gedachte der erste Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes Wilhelm Flügel-Berlin jener Männer, die die langersehnte Befreiung vor Ablauf der Vertragsfrist herbeigeführt haben, vor allem des verstorbenen Reichsaussenministers Dr. Stresemann. In sein Hoch auf das in der Deutschen Republik geeinte deutsche Volk stimmte die Versammlung lebhaft ein. Das Deutschland-Lied beschloß die erhabend verlaufene machtvolle Befreiungskundgebung.

Δ Oppenheim. (Befreiungsfeier der hessischen Demokraten.) Die Deutsche Demokratische Partei Hessens hielt in der alten Reichsfeste „Landskrone“, die beim Pfalzeneinbruch der Franzosen in eine Ruine verwandelt wurde, eine Befreiungskundgebung ab. Die Leitung der Versammlung lag in den Händen von Stadtrat Obmann-Mainz. Als Hauptredner war Reichsfinanzminister a. D. Dr. Reinhold gewonnen worden. Er gedachte in seiner Rede zunächst der Arbeit eines Rathenau und Dr. Stresemann. Jetzt ist unsere erste Etappe auf dem Wege zur Freiheit erreicht. Mit der äußeren Befreiung ist aber unsere innere Lage noch nicht gesundet. Ueber der Saar schwebt noch die Ungewissheit, und über dem Reichsland liegt ein bleischwerer Himmel. Die deutsche Wirtschaftslage ist schwerer denn je. Sie ist sehr schwer, aber sie ist nicht verzweifelt. Mit dem Akt der Befreiung von Gesehen muß Schluß gemacht werden, und an ihre Stelle eine wirklich großzügige Reform mit großen Zielen treten. Das erste muß ein großer Generalangriff auf die Preise sein, wofür die augenblickliche Zeit sehr günstig ist, denn auf dem Weltmarkt liegen die Preise weit unter denen von 1913. Von den Preisen sind auch die Löhne abhängig. Weiter sprachen Landtagsabgeordneter Reiber-Darmstadt für die Landespartei, Frau Direktorin Buchs-Mainz für die hessischen Frauen und Regierungsrat Schneider-Heppenheim.

□ Die zweite Nordlandsfahrt des „Graf Zeppelin“. „Graf Zeppelin“ wird bei seiner am 15. Juli beginnenden zweiten Nordlandsfahrt, die 50 bis 60 Stunden dauern soll, voraussichtlich bis Tromsø, eventuell bis zum Nordkap fliegen. Der italienische Polarfahrer Robile wird mitfahren. Als Fahrtroute ist vorgesehen: Friedrichshafen—Norwegische Küste—Tromsø (eventuell Nordkap), dann zurück über Finnland. Je nach den Wetterverhältnissen wird die Fahrt vielleicht auch in umgekehrter Richtung ausgeführt.

□ Eine Geschichte vom Amtschimmel. Ein im Jahre 1906 getrautes Ehepaar aus Duisburg erhielt kürzlich eine amtliche Vorladung, mit zwei Trauzeugen nochmals eine standesamtliche Trauung vornehmen zu lassen, da der inzwischen verordnete Standesbeamte, der im Jahre 1906 die Eheschließung vornahm, Amtssiegel und amtliche Unterschrift bei dieser EINTRAGUNG fehlen ließ. Auf Grund dieses Formfehlers des verordneten Beamten können den aus der Ehe hervorgegangenen Kindern später Schwierigkeiten über Ehelichkeit — Unchelichkeit entstehen.

□ Die Dresdner Augeluhr wiederhergestellt. Die berühmte, im Auftrage der Kurfürstin Sophie um 1601 von dem Augsburger Uhrmacher Jannis Schlottheim angefertigte „Augeluhr“ im Grünen Gewölbe zu Dresden, ist jetzt in mühseliger Arbeit von einem Dresdner Uhrmacher wieder voll in Gang gebracht worden. Sie zeigt nunmehr wieder alle Ränste ihres komplizierten Uhrwerks. Die Kristallkugel, nach denen sie ihren Namen führt, laufen wieder über die 17 Spiralen des oberen Turnteils und auch das Orgelstück wird um 12 Uhr gespielt. Vorläufig steht die Uhr im Schaufenster ihres Erneuerers, des Uhrmachers Pfeißner.

□ Der Tod in den Bergen. Vom Totenkriech am Wil-den Kaiser stürzten der Buchdruckerlehrling Otto Schwarz und der Mechaniker Hermann Lindner, beide aus Rosenheim, ab und waren auf der Stelle tot. Die Leichen wurden nach Auffein gebracht.

□ Geheimnisvoller Mord in Paris. In der Nacht ist in einer Straße von Paris die Leiche eines Mannes aufgefunden worden, der augenscheinlich ermordet worden ist. Bei der Leiche wurden die Papiere eines 43jährigen spanischen katholischen Geistlichen gefunden. Die Polizei glaubt daher an einen politischen Mord, während andererseits vermutet wird, daß der Mörder seinem Opfer die Papiere nur zugelegt hat, um die Nachforschungen der Polizei zu erschweren.

Sport-Nachrichten.

Leichtathletik

Westdeutsche Meisterschaften.

Im Gegensatz zu den anderen Landesverbänden führte der Westdeutsche Spielverband seine Meisterschaften für Männer und Frauen getrennt durch. Die Männermeisterschaften kamen in Elberfeld bei trockenem Wetter und vor 3000 Zuschauern zum Austrag. Unter dem Regen der Vortage hatten aber die Bahnverhältnisse gelitten. Umso bemerkenswerter ist die Tatsache, daß es auf der ganzen Linie recht gute Leistungen gab. Die Ergebnisse waren: 100 Meter: 1. Schüller-Düsseldorf 10.6 Sek., 2. Hendrich-Nachen 10.9 Sek., 3. Bremer-Röhl 11 Sek. — 200 Meter: 1. Schüller-Düsseldorf 22.2 Sek., 2. Hendrich-Nachen 22.8 Sek., 3. Otto-Düsseldorf 22.9 Sek. — 400 Meter: 1. Schüller-Düsseldorf 49.9 Sek., 2. Müller-Röhl 50.7 Sek., 3. Jachert-Elberfeld 50.9 Sek. — 800 Meter: 1. Lefebvre-Düsseldorf 1:57.6 Min., 2. Möllenbrock-Röhl 2:01.6 Min., 3. Schorff-Krefeld 2:01.8 Min. — 1500 Meter: 1. Neu-Düsseldorf 4:03.8 Min., 2. Welsch-Düsseldorf 4:06 Min., 3. Dreesen-Düsseldorf 4:11.0 Min. — 5000 Meter: 1. Schaumburg-Oberhausen 15:23.8 Min., 2. Siebert-Düren 15:48.4 Min., 3. Paul-Siegen 15:51.6 Min. — 110 Meter Hürden: 1. Stöckmann-Düsseldorf 16 Sek., 2. Korten-Düsseldorf 16 Sek., 3. Erb-Elberfeld 16.6 Sek. — 400 Meter Hürden: 1. Jänisch-Röhl 56 Sek., 2. Alex-Düsseldorf 57.2 Sek., 3. Kuster-Krefeld 57.3 Sek. — 4 mal 100 Meter: 1. Düsseldorf 99.42.8 Sek., 2. Röhl 99.43 Sek., 3. Preußen-Krefeld 43 Sek. — Hammerwerfen: 1. Heiberg-Essen 35.69 Meter. — Speerwerfen: 1. Böglein-Münster 59.13 Meter, 2. Hörtel-Dortmund 56.49 Meter, 3. Meibor-Dortmund 56.20 Mtr. — Diskuswerfen: 1. Paulus-Wehlar 45.49 Meter, 2. Hoffmeister-Münster 43.11 Meter, 3. Heiberg-Essen 41.90 Meter. — Stabhochsprung: 1. Valters-Dortmund 3.52 Meter, 2. Stechemesser-Münster 3.43 Meter, 3. Glaser-Ruhrort 3.43 Meter. — Kugelstoßen: 1. Werring-Gronau 15.44 Meter, 2. Stechemesser-Münster 13.16 Meter, 3. Wiegand-Düsseldorf 12.40 Meter. — Hochsprung: 1. Stechemesser-Münster 1.75 Meter, 2. Groff-Ruhrort 1.71 Meter, 3. Busch-Röhl 1.70 Meter. — Weitsprung: 1. Mölle-Düsseldorf 6.83 Meter, 2. Robert-Krefeld 6.82 Meter, 3. Rauch-Krefeld 6.53.

Fußball.

Fußball-Kreismeisterschaften der D. S. V. in Frankfurt a. M.

Unter Beteiligung von fünf Mannschaften führte die Kreisgruppe Main der D. S. V. am Sonntag ihre Fußball-Meisterschaften durch, aus denen erwartungsgemäß Post Sportverein Frankfurt als Sieger hervorging. Die Mannschaft der Post siegte gegen Eintracht Frankfurt mit 46:28, gegen Rot-Weiß Frankfurt mit 50:26, gegen F. S. V. Frankfurt mit 54:23 und gegen Wanderlust Frankfurt 44:16. Eintracht platzierte sich an zweiter Stelle vor Rot-Weiß, F. S. V. und Wanderlust.

Schwimmen.

Meisterschaftsläufe der Schwimmer im Gau Frankfurt a. M.

Die Gau-Meisterschaften des Gau 1 (Frankfurt a. M.), die im Frankfurter Stadion ausgetragen wurden, waren ein voller Erfolg. Eine Massenbeteiligung von rund 500 Schwimmern und Schwimmerinnen brachten in allen Rennen eine ausgezeichnete Besetzung. Durch die Punktverteilung gab es überaus scharfe Kämpfe um alle Plätze. Die Kämpfe selbst brachten in der 1. Klasse wiederum den Sieg des Erstgenannten Frankfurter S. C. mit 878 Punkten vor Jungdeutschland Darmstadt mit 858.5, Offenbach 96 854.5 und Moenus Offenbach mit 851 Punkten. Dabei ist zu berücksichtigen,

daß Darmstadt ohne seine besten Leute, Vergens und Schwarz, antreten mußte. In der 2. Klasse gab es bedeutende Kräfteverteilung. Hier blieb der S. V. Gießen überlegener Sieger vor Rot-Weiß Darmstadt und Niederrad. Durch Abwanderungen guter Schwimmer wurde der vorjährige Sieger, der Erste Frankfurter S. C. nur Vierter. In der 3. Klasse gab es keine Punktverteilung. Als beste Vereine erwiesen sich Marburg und Kirschhainburg. Bei den Damen schnitt Jungdeutschland Darmstadt am erfolgreichsten ab. Die wichtigsten Ergebnisse waren: 400 Meter Freistil: Klasse 1: 1. Wolf-Jungdeutschland Darmstadt am erfolgreichsten ab. Die wichtigsten Ergebnisse waren: 400 Meter Freistil: Klasse 1: 1. Wolf-Jungdeutschland Darmstadt 5:41; Klasse 2: 1. Zimmer-Gießen 6:09. — 100 Meter Freistil: Klasse 1: 1. Maus-Moenus Offenbach 1:06.5; Klasse 2: 1. Seib-S. V. Frankfurt 1:09.8. — 100 Meter Rücken: Klasse 1: 1. Meier-Erster Frankfurter S. C. 1:23.1; Klasse 2: 1. Schaum-Gießen 1:26.8. — 200 Meter Brust: Klasse 1: 1. Endres-Erster Frankfurter S. C. 3:09.6; Klasse 2: 1. Hans-Rot-Weiß Darmstadt 3:29. — 3 mal 200 Meter Freistil: Klasse 1: 1. Moenus Offenbach 8:11.4; Klasse 2: 1. Rot-Weiß Darmstadt 8:24.6. — Gesamt-Punktverteilung: Klasse 1: 1. Erster Frankfurter S. C. 378 Punkte, 2. Jungdeutschland Darmstadt 358.5 Punkte, 3. S. V. Offenbach 96 854.5 Punkte, 4. Moenus Offenbach 851 Punkte. Klasse 2: 1. Giesener S. V. 430.5 P., 2. Rot-Weiß Darmstadt 420.5 P., 3. Niederrad 414.0 P. Kunstspringen: 1. Engel-Wehlar 62.12 P., 2. Schwindt-Erster F. S. C. 61.08 P. — Damen: 200 Meter Brustschwimmen: 1. Schellhaas-Rot-Weiß Darmstadt 3:37.8. 100 Meter Rücken: 1. Bonbrant-Offenbach 96 1:48.6. 100 Meter Freistil: 1. Osann-Jungdeutschland Darmstadt 1:29.3. 3 mal 100 Meter Freistil: 1. Jungdeutschland Darmstadt 4:59.3 Min.

Motorport.

Die deutsche Motorrad-Meisterschaft.

Der dritte Lauf der Deutschen Motorrad-Meisterschaft brachte auf der traditionellen Solitude-Rundstrecke wiederum hervorragende Leistungen in allen Klassen. Obwohl zu Beginn der Rennen ein starker Regen einsetzte, besserte sich später das Wetter. Die jetzt in einem vorzüglichen Zustande befindlichen Straßen gestatteten den Teilnehmern, das Beste aus ihren Maschinen herauszuholen. In der Meister-Klasse sah der Röhrer Jünder auf BMW bereits wie sicherer Sieg aus, nachdem er bald zu Beginn des Rennens mit 116 Stundenkilometern einen neuen Kundenrekord aufgestellt hatte. Doch zog der sehr gleichmäßig fahrende Engländer Bullus später an dem Deutschen vorbei und legte die 223 Km. lange Strecke in der schnellsten Zeit des Tages von 121:10.4 Minuten zurück. Er erzielte damit einen Durchschnitt von 110.4 Stundenkilometern und stellte somit einen neuen Streckenrekord auf. Dom-Ludwigsburg auf Standard siegte in der 350er Klasse mit einem Stundenmittel von 101.1 Km., während in der Klasse bis 250 ccm K. o. s. i. n. t. Vietigheim mit 95.9 Km. den ersten Platz belegte.

Sportneuigkeiten in Kürze.

„Befreiungsspiele“ wurden am Sonntag im ehemals besetzten Gebiet ausgetragen. S. V. Wiesbaden und 1. FC. Nürnberg spielten 2:2 (1:1), Ostia Bingen unterlag gegen Olympia Worms 2:4 (2:1).

Im Wasserballkampf gegen Belgien wurde die deutsche Mannschaft in Antwerpen mit 2:1 (1:1) knapp geschlagen.

Beim Süddeutschen Fußball-Verbandsstag in Nürnberg fand am Sonntag der alte Vorstand fast ausnahmslos Wiederwahl.

Im Davis-Pokal-Endspiel der Europazone schlug in Genue Italien Japan mit 3:2 Punkten. Italien spielt nun am Wochen-

ende in Paris das Interzonenfinale gegen Amerika.

Im Leichtathletik-Länderkampf Frankreich-Italien in Paris wurden sehr gute Leistungen erzielt. Frankreich revanchierte sich für seine vorjährige Niederlage mit einem Sieg von 81:87 Punkten.

Die Hockeystädtegemeinschaft von München schlug in Baden bei Wien die Wiener Repräsentative mit 4:0 (Halbzeit 1:0) Treffern.

In einem weiteren Spiel um den Mitropa-Pokal fertigte B. T. Budapest die Slavia Prag 1:0 aus. Da das Vorspiel 2:2 endete, ist somit Slavia bereits ausgeschaltet.

Helmuth Rörig durchlief bei den Brandenburgischen Meisterschaften die 100 Meter in der glänzenden Zeit von 10.4 Sekunden.

Die zehnte Etappe der „Tour de France“ von Luchon nach Perpignan ist doch von sechs deutschen Fahrern beendet worden, so daß also die deutsche Mannschaft weiter im Rennen liegt.

Schäfer-Frankfurt gewann in Halle ein 100 Kilometr.-Dauerrennen überlegen gegen Schmidt-Dresden, Lewanow-Berlin und Cap-Wien.

Der Dreiländerkampf im Segeln in Sandham (Schweden) endete mit einem deutschen Siege vor Schweden und Amerika.

Die Bayerischen Tennismeisterschaften konnten auch wegen der schlechten Witterung nicht fortgesetzt werden.

Wöppingen 04 besiegte im Schwimmklubkampf den VfS. München mit 6:1 Punkten.

Bei der Hamburger Asterregatta gewann Amicitia Mannheim am zweiten Tage den Senatsachter, dagegen wurden die Süddeutschen im Verbands-Vierer nur Vierter.

D. Brenn wurde in Nordwijk von Roderich Wenzel 6:3, 6:4, 4:6, 6:4 geschlagen.

Nachermann-Hamburg erzielte bei den Norddeutschen Leichtathletikmeisterschaften im Weitsprung die glänzende Leistung von 7.01 Meter.

Einen neuen Deutschen Rekord über 10 000 Meter stellte der Hamburger Petri mit 31:55.2 Minuten auf.

Mittwoch, 16. Juli.

Katholisch: St. Apollonia, protestantisch: Ant. Sonne: Aufgang 4 Uhr 1 Min., Untergang 20 Uhr 10 Min. Mond: Aufgang 22 Uhr 40 Min., Untergang 9 Uhr 44 Min.

Gedenktage.

622 Hedysa (Flucht Mohammeds von Mekka nach Medina); Beginn der mohammedanischen Zeitrechnung. — 1216 † Papst Innozenz III. (* 1161). — 1708 * Der russische Staatsmann Fürst Alexander M. Gortschakoff († 1883). — 1834 * Der Großkaufmann und Kolonist Franz Adolf Eduard Lüderitz († 1886). — 1840 * Der Philosoph Friedrich Paulsen in Langenhorn († 1908). — 1857 † Der französische Dichter J. B. de Villeroy in Paris (* 1780). — 1872 * Der norwegische Polarforscher Roald Amundsen in Norvege († 1928). — 1890 † Der Dichter Gottfried Keller in Zürich (* 1819).

Zwangsversteigerung.

Mittwoch, den 16. Juli 1930, nachmittags 3 Uhr sollen im Bayrischen Hof, Dorotheenstr. 24:

- Möbel aller Art, Grammophon, Herrenfahrrad, 16 Wein u. a. m.
- um 5 Uhr

2 Bäume Kirchen

zwangsweise öffentlich meistbietend gegen gleich bare Zahlung versteigert werden.

Versteigerung findet bestimmt statt. Versammlung um 5 Uhr am Friedrichshof.

Bad Homburg, den 15. Juli 1930.

Schneider, Obergerichtsvollzieher
Cronbergerstr. 3
Fernruf 2777.



Jeden Sie Prof. Dr. O. Schwerdtfeger und Apotheker W. Schwerdtfeger's Entfettungskur anwenden. Keine unnötigen spaltenden Gewaltdrucke, Hungern oder Schwitzen sondern eine gesunde Gewichtsabnahme. Größtenteils unschädlich und dabei blutstillend und lebensstärkend wirkt die angenehm schmeckende von vielen Ärzten empfohlene Kräuterkur. Man wird schlank, elastisch, bleibt gesund und leistungsfähig! Dr. R. aus H. schreibt: „Ihre Kur ist das Beste, was ich bisher angewandt habe. Nach Beendigung 15 Pfd. abgenommen, ohne diät zu leiden.“

1 Kur-Packung RM. 7.—. Versand gegen Nachnahme durch die Versand-Apothek M. Zeldner, Wandsbek V. Löwenstrasse 24

TORPEDO Kleinschreibmaschine

Anzahlung Mk 26.—
monatlich Mk 20.—

außerdem: wenig gebraucht Torpedo, Standard, Adler, Conti usw. von Mk. 80.— an.

Anfragen unter Y. Z. 1696 an die Exp. ds. Ztg.

FRANKFURT A. M.
PFERDE-MÄRKTE

14. Juli, 18 August, 6. Oktober, 1. Dezember

Durchschnittlicher Anstieb 700 Pferde aller Rassen, auch Schlachtpferde; größte Auswahl und beste Gelegenheit für Kauf oder Tausch. Ein Besuch dieser Märkte ist zu empfehlen.

Der Handel Sonntags verboten.

Bekanntmachung.

Betr. Steuerzahlung für den Monat Juli 1930.

Bis zur Genehmigung der Gemeindevorlagen für das Rechnungsjahr 1930 und bis zur Zustellung der neuen Steuerzettel für 1930, sind für den Monat Juli 1930 folgende Steuern und Gebühren an die Stadtkasse zu zahlen:

- die staatliche Steuer vom Grundvermögen zuzüglich 340% Gemeindegeldschlag,
- vom bebauten Grundbesitz, der ab 1. Juni ds. J. zur Erhebung kommende staatliche Zuschlag von 100% des monatlichen Steuergrundbetrages,
- die Kanalgebühren vorläufig in der bisherigen Höhe,
- die Hauszinssteuer vorläufig nach den bisherigen Prozentsätzen.

Sämtliche Steuern und Gebühren sind am 15. Juli 1930 fällig. Die Zahlungen sind Vorauszahlungen auf die für 1930 endgültig zu veranlagenden Steuern und sind bis auf weiteres auf die alten Steuerzettel zu leisten. Die endgültige Verrechnung erfolgt auf den neuen Steuerzetteln für 1930.

Da für 1930 der Gemeindegeldschlag zur Grundvermögenssteuer sich bestimmt auf 380% erhöht, empfiehlt es sich, den erhöhten Betrag schon zu zahlen und gegebenenfalls diesen Betrag auf die Miete umzulegen.

Bad Homburg v. d. H. den 10. Juli 1930.
Der Magistrat

Druck und Verlag Otto Wagenbreth Bad Homburg.
Verantwortlich für den redaktionellen Teil: E. Derg Bad Homburg; für den Inseratenteil: Jakob Klüber, Oberursel

Nur für
Rundfunkhörer

die es noch nicht wissen: Das ausführlichste Rundfunk-Programm der Welt und den weiteren interessanten reich illustrierten Inhalt finden Sie in der ältesten deutschen Funkzeitschrift **Der Deutsche Rundfunk** Einzelheft 50 Pf., monatlich RM 2.—. Eine Postkarte an den Verlag Berlin N 24 genügt und Sie erhalten kostenlos ein Probeheft

Jeden Dienstag und Donnerstag
frische Hausmacher Blut- und Leberwürst
Georg Wächtershäuser
Luisenstraße 22 Telefon 2294

Sommerproffen

auch in den hartnäckigsten Fällen, werden in einigen Tagen unter Garantie durch das echte unschädliche Teintverschönerungsmittel „Venus“ Stärke beseitigt. Keine Schädlichkeit. Preis M. 2.75. Gegen Fädel, Witterer Stärke A. Kurhaus-Drogerie C. Arch.

Industrie-Kartoffeln
Hühner-, Küken- u.
Taubenfutter
Torfmull usw. empfiehlt

Jean Kofler
Ferd. Anlage 21, Tel. 2333

Sterbebilder
Trauerbriefe
Trauerkarten

liefern schnell
und sauber
die

Homburger

Neueste Nachrichten

Heimarbeit
schriftl. Vitalis-Verlag
München C 4

Inserieren bringt
Gewinn !!

Russische Ketherpropaganda.

Die Russen sind die großen Meister in der Propaganda für ihre Idee. Sie spannen alle Möglichkeiten zur Werbung für ihre politischen Anschauungen ein, und es ist nur zu natürlich, daß sie auch das Instrument des Rundfunks in ausgiebigem Maße benutzen. Sie kennen die Macht des Rundfunks, sie wissen, daß die Wellen bis in die kleinste Siedlung und in die winzigste Hütte dringen und daß man mit ihnen besonders an die Bevölkerung auf dem flachen Lande herankommen kann, ein unübersehbarer Fortschritt, da bisher gerade die Werbung in ländlichen Kreisen außerordentlich schwierig war. Des weiteren aber benutzen die Russen den Rundfunk auch, um im Ausland Propaganda zu treiben, und in dieser Art der Ausnutzung des Radios liegt eine ernste Gefahr für Deutschland.

Es ist selbstverständlich, daß Rußland in kluger Erkenntnis der Wichtigkeit der Ketherwellen eine ausgezeichnete Station nahe bei der kommunistischen Zentrale Moskau, in Schtschelow mit einem Kostenaufwand von 1,8 Millionen Rubel errichtet hat. Der Sender ist technisch glänzend durchorganisiert (es sei nur nebenbei erwähnt, daß die Transformatoren aus Deutschland stammen.) Die Leistung des Senders beträgt 100 Kw, er ist also sehr stark und schlägt außerordentlich gut durch. Als Vergleichszahl sei darauf hingewiesen, daß der Deutschlandsender, der gemeinsam mit anderen Stationen das große deutsche Kulturprogramm der Deutschen Welle hinaussendet, gerade in diesen Tagen erst auf 60 Kw verstärkt worden ist. Der Wirkungskreis des russischen Senders wird auf etwa 2000 Kilometer angesprochen, er kann ausgezeichnet empfangen werden in Polen, Deutschland, Österreich, in der Schweiz, in den skandinavischen Ländern, in Frankreich, in der Türkei und in Persien.

Von dieser Tatsache ausgehend hat nun Rußland einen regelrechten Propagandaselbstzug eingerichtet, der sich mehr und mehr zu einem Ketherkrieg auswehrt, zumal da die Sowjetunion sich in keiner Weise an internationalen Abmachungen hält. Moskau sendet dreimal in der Woche in deutscher Sprache, und zwar zu einer sehr günstigen Zeit. Die Vorträge bringen Mitteilungen über das Leben in Rußland, über die kommunistischen Organisationen und musikalische Darbietungen. Rußer in deutscher Sprache werden die Sendungen auch in Esperanto ausgesendet und an anderen Tagen die gleichen Themen in Englisch, Französisch, Holländisch und in der Sprache anderer Länder.

Welche Schritte können nun gegen diesen Eingriff in die staatlichen Rechte anderer Länder unternommen werden? Einmal könnte man sogenannte Störstrahlensender bauen, wie es z. B. Rumänien tut. Sobald Rußland in rumänischer Sprache zu senden beginnt, wird die Station in Tätigkeit gesetzt und macht durch ihre Störstrahlenwellen ein Abhören unmöglich. Deutschland ist leider nicht in der glücklichen Lage, da die Wellen des Störstrahlensenders den eigenen Seesund unhörbar machen würden. Ein anderer Weg wäre, Gegenvorträge in russischer Sprache zu halten. Das würde aber einmal eine unentgeltliche Inanspruchnahme des deutschen Programms bedeuten, ferner wäre es nicht ausgeschlossen, daß Rußland dann seinerseits wieder versuchen würde, die Darbietungen durch Gegenleistungen unmöglich zu machen. Versuche auf diplomatischem Wege diese Fragen zu regeln, sind bereits unternommen worden, haben aber noch zu keinem abschließenden Ergebnis geführt. Die Russen wiesen bisher alle Vorstellungen wegen der Sendungen mit der Begründung zurück, daß die Darbietung für die in Rußland lebenden Minderheiten bestimmt seien. Daß dies nicht der Fall ist, geht aus einer amtlichen Mitteilung aus Moskau hervor. Diese besagt, daß die kommunistischen Organisationen in der Sowjetunion kein Mittel zur Verfügung gestellt zum Ausbau einer Radiostation, die eine Gegenpropaganda betreiben soll. Die Station wird im Herbst dieses Jahres fertig sein und wird in deutscher Sprache senden. Dadurch würden die Wolgadeutschen mehr noch als bisher von Deutschland abgeschlossen sein. Es muß die Frage aufgeworfen werden: wie passen sich diese Maßnahmen in den Rahmen der angegebenen Minderheitenfürsorge ein? Ueber den Stand der neuesten diplomatischen Verhandlungen kann noch nichts gesagt werden, da die Besprechungen noch im Gange sind und zum Teil vertraulich geführt werden.

Ein Wort über die Empfangsverhältnisse in Deutschland. Die russischen Sendungen können im Osten ausgezeichnet empfangen werden. Ostpreußen wird zwar ständig ein Rundfunkkampfplatz werden, da auch Polen den Ausbau seiner Sender beabsichtigt und den deutschen Osten dann leicht mit seiner propagandistischen Welle überschwemmen kann. Im Westen Deutschlands sind die Empfangsverhältnisse nicht so gut, das bedeutet aber nur einen schwachen Trost, denn gerade im Osten kann durch die russische Propaganda gerade die Landbevölkerung leicht erfaßt werden, und es dürfte schwer halten, auf einem anderen Wege als über den Rundfunk Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Außerdem muß noch hervorgehoben werden, daß die Sowjetunion auf dem augenblicklichen Stand bleiben will. Es sind große Mittel über 500 Millionen Rubel bewilligt worden, um das Sendernetz auszubauen. Wenn es soweit ist, wird die Frage noch dringlicher, wie sich die Staaten gegen die „Propaganda aus dem Kether“, die vom Ausland getrieben wird, schützen können.

Dr. F.

Italien und Zentraleuropa.

(Von unserem außenpolitischen K.-Mitarbeiter.)

Man kann, wenn man die fieberhafte italienische außenpolitische Aktivität dieses Sommers betrachtet, sich des Urteils nicht enthalten, daß Italien eine nicht eben glückliche Hand hat. Es tendiert gleichzeitig nach zu vielen Seiten. Die Folge wird sein, daß es Verfehlungen erregt, die leicht tragischer genommen werden könnten, als es die Meinung der Italiener sein dürfte, und daß es andererseits Hoffnungen weckt, hinter denen im Ernstfall keine rechte Realität steht. Der Angelpunkt scheint mehr und mehr Jugoslawien werden zu sollen. In dieser Beziehung kann man die Dinge nicht ernst genug auswerten, während man doch wohl annehmen muß, daß Italien es Frankreich gegenüber nicht zum Äußersten kommen lassen wird.

Italien kennt natürlich die schwachen Punkte in seiner Berechnung ganz genau. Dahin gehört vor allen Dingen Polen wegen seiner bekannten Verpfändung mit der französischen Politik. Aber ob der italienische Außenminister Grandi bei

seinem Besuch in Warschau nicht zu viel gelobt hat, das dürfte vielleicht auch belommen urteilenden Italienern aufgehen. Die Ostgrenze ist Deutschlands wundester Punkt; es ist nicht klug von einem italienischen Außenminister, auch nur durch eine schöne Geste zu garantieren, was einsichtigen Franzosen schon als revisionsbedürftig erscheint.

Aus allem hat man den Eindruck, als ob Italien dadurch nicht etwa Deutschland ernstlich beunruhigen, sondern als ob es einen mehr oder minder gelinden Druck auf uns ausüben wolle, bald mit Österreich zusammen an seine Seite zu treten, so wie es selber den österreichisch-italienischen Freundschaftspakt deutet. Jedenfalls fällt es allgemein auf, wie nicht eben unfreundlich, aber doch gleichgültig, die Beziehungen zu Deutschland hingestellt und behandelt werden.

Die italienische Presse, die man selbstverständlich in ihrer südlichen Eigenart verstehen muß, könnte manchmal den Eindruck hervorrufen, als stünde Europa unmittelbar am Rande des Krieges. Es ist schwer festzustellen, was eigentlich die Masse des Volkes dazu sagt und denkt. Bei der letzten Beeinflussbarkeit der öffentlichen Meinung in Italien ist jener Faktor auch kaum von größerem Gewicht. Er dürfte seine Rolle erst im Gang der Ereignisse — so oder so — spielen. Wohl aber dürfte von den Mächten, auf die es sich beruft, wir denken an Österreich und Ungarn in erster Linie, mit der Zeit doch einmal eine Erklärung darüber erwartet werden, wie weit sie der italienischen Auslegung zu folgen gewillt sind.

Jetzt hat Grandi wieder eine bemerkenswerte Rede aus Anlaß der Annahme des italienisch-österreichischen Freundschaftsvertrages im Senat gehalten. Er fehlte darin nicht an Versicherungen dafür, daß er der Befriedigung Europas diene, wie alle diese mit Italien geschlossenen Freundschaftspakte, aber es kamen doch auch Sätze, die sehr kräftig unterstrichen, daß Österreich (wie alle Staaten, die zu Italien in Freundschaft getreten wären) jederzeit und in vollständigem Ausmaße auf die Träne dieser Freundschaft des faschistischen Italien rechnen könne.

Recht man außerdem in Betracht, daß wiederum betont wurde, daß Italien es ablehne, einen Unterschied zwischen Siegern und Besiegten zu machen, daß auch Österreichs politische, industrielle, wirtschaftliche Bedeutung für Zentral- und Osteuropa reichlich stark unterstrichen wurde, so verstärkt sich der Eindruck, daß Italien, gerade weil es einerseits von Deutschland direkt so wenig spricht, letzten Endes doch auf Deutschland Ziele. Das, was Grandi zu Österreich sagt, soll in deutschen Kreisen gehört und erwogen werden, zumal da Deutschland nach Abzug der Rheinlandbesatzung seine Handlungsfreiheit mehr zurückerlangt hat.

Natürlich wird man in Deutschland diesen Tatbestand sehen und kritisch überdenken müssen. Freilich weiß man in Italien auch ganz genau, daß in Deutschland eine Macht gewonnen würde, die rein zahlenmäßig schon ganz erheblich ins Gewicht fallen würde, während bis jetzt Italien so unbeschränkt führend sein konnte. Hier tut sich ein Klippe auf, an die man sich nicht recht heranwagt.

Ein Wort über Bausparkassen.

Der Weg zum Eigenheim.

Die Wohnungsnot, die heute noch in vielen Gegenden Deutschlands herrscht und die besonders die schwächeren wirtschaftlichen Kreise unseres Volkes hart trifft, da in der Hauptsache die kleinen Wohnungen fehlen, war wohl die erste Anregung zur Gründung der verschiedenen Bausparkassen, die einen Gedanken vertreten, der schon in England und Amerika lange vor dem Kriege tief ins Volk eingedrungen war. Dort sind die Bausparkassen teilweise schon seit über 100 Jahren tätig und was sie geleistet haben, erhellt aus der Tatsache, daß rund 80 Prozent der englischen Bevölkerung heute schon im Besitze eines Eigenheims sind.

Wie überall heißt es aber auch auf dem Gebiete der Bausparkassen, die Spreu vom Weizen zu sondern, denn nicht all diese Institute, die wie die Pilze aus der Erde geschossen sind, verdienen die Unterstützung der Sparer, da sie keine Gewähr für die Erfüllung ihrer oft überschwelligen Versprechungen bieten. Vor sich ist also geboten, Erfahrungen müssen eingezogen werden, ehe man sich einer Bausparkasse anschließt. Das hat übrigens auch die Reichsregierung erkannt, denn es ist nur noch eine Frage der Zeit, bis die gesetzliche Regelung des Bauspargandens Wirklichkeit wird.

Bei den Kollektibausparkassen unterscheidet man im wesentlichen zwei Systeme: das mit Zinsen arbeitende und das zinsfreie. Deutschlands älteste und größte Bausparkassenorganisation auf zinsfreier Grundlage ist die Deutsche Bau- und Siedelungsgemeinschaft e. G. m. b. H. in Darmstadt (D. B. S.). Sie hat mit Hilfe ihres vor Nachahmung geschützten Bausparsystems die Zinsfreiheit der Baudarlehen ermöglicht und so das allmählich steigende logische freie Bauen verwirklicht. Sie geht davon aus, daß bei einer Gemeinschaft gegenseitiger Selbsthilfe und bei gleichgearteten Interessen aller Sparer die gegenseitige Zinsverrechnung sich erübrigt. Es leuchtet ein, daß andererseits das zinsfreie Darlehen in bedeutend kürzerer Zeit die völlige Entschuldung möglich macht. Ja, man kann behaupten: bei der heutigen Wirtschaftslage ist die Erlangung des Eigenheims mit gleichzeitiger Entschuldung allein auf dem Wege des zinsfreien Darlehens möglich. Allerdings braucht die D. B. S. anstelle des Zinses, anstelle des Wertmaßes für die empfangenen Spargelder und die vergebenen Darlehen einen Ersatz. Diesen hat sie. Er brückt sich aus in einem Kennziffersystem, das für die Darlehensvergabe maßgebend ist.

Die D. B. S. vergibt Darlehen von 4000 Rmk. aufwärts bis 32 000 Rmk. Mit 10 000 Rmk. kann man auf dem Lande oder in den Vororten einer Stadt schon ein recht behagliches Eigenheim erstellen. Um dahin zu gelangen, muß das Mitglied 15 Rmk. im Monat (1,50 Rmk. auf jedes Tausend beantragtes Darlehen) als Pflichtleistung entrichten. Soviel kann jeder, kann jede Familie erbringen. Diese Sparaten werden unverzüglich schon auf das Darlehen angerechnet. Wenn das Mitglied nach Einzahlung von 10 Prozent der beantragten Darlehenssumme in den Genuß des Darlehens gekommen ist, sein Haus gebaut hat und eingezogen ist, also seine bisherige Wohnung aufgegeben hat, dann tritt anstelle des Spardienstes die Tilgung, monatlich 5 v. T. des Darlehens. Die monatliche Zahlung von 5 v. T. ist leichter, im Jahre einmal mit 6 v. T. wäre vielleicht schwer. Wenn ein Mitglied mehr spart und mehr zahlt, so kommt es ihm zugute.

Im Interesse des soliden Bauspargandens und der gesamten Volkswirtschaft muß jedem aber, der Bausparer werden will, gelagt werden, daß es falsche Propheten gibt, giftige Pilze, die der Außenstehende nicht ohne weiteres von den guten unterscheiden kann. Wer im Zweifel ist, welcher Bausparkasse er sich anschließen soll, der fordere die Bilanz ein, prüfe sie oder lasse sie durch einen Fachmann prüfen.

Welche Leistungen das Kollektive Sparen erzielt, geht daraus hervor, daß heute schon die Darmstädter D. B. S. täglich zwei Häuser erstellt und daß sie diese Zahl im nächsten Jahre bei weiter anhaltendem Zugang neuer Mitglieder auf drei Häuser täglich, einschließlich der Sonntage, zu steigern hofft. Das ist eine Leistung, die man im Interesse der Volkswirtschaft und vor allem auch der Volksgesundheit, nur begrüßen kann, denn wohlgemerkt, in einem Zeitraum von etwa 16 Jahren hat der Bausparer einen Eigenbesitz, der absolut schuldenfrei ist. Viele Jahre vorher aber zahlt er seine Miete schon in die eigene Tasche, d. h. der Betrag, der zur Tilgung des Darlehens bereitgestellt werden muß, kommt dem Sparer voll und ganz zugute.

R. M.

Die Südamerikafahrt des „Graf Zeppelin“.

Der frühere Luftschiffkapitän Kapitän Breithaupt, der die ganze Südamerikafahrt des „Graf Zeppelin“ mitmachte, teilte Pressevertretern in einer längeren Unterredung folgendes mit:

Drei inhaltreiche Wochen liegen hinter uns. Mit fast fahrplanmäßiger Pünktlichkeit wurden die einzelnen Etappen erreicht. Ohne die geringste Schwierigkeit wickelten sich Fracht- und Passagierwechsel in den verschiedenen angelautenen Häfen ab. Die Illusion der Seefahrt wäre auf dieser Luftschiffreise völlig erreicht worden, wenn auch der Zwang des Zollettenwechsels zu den Wählzeiten bestanden hätte. Zum Glück hatte der Luftschiffbau nur die Mitnahme von 20 Kilogramm Gepäck gestattet, so daß wir der Schwierigkeit der Anzugsfrage enthoben waren.

Während des ersten etwa zwölfstündigen

Aufenthalts in Sevilla

wurde der Brennstoffvorrat ergänzt. Auf der Weltfahrt nach Südamerika hoffte Dr. Edener bald den ersehnten Nordostpassat zu finden, der uns beschleunigt vorwärtsbringen sollte. Vergebens — ein französisches Flugzeug war gleichzeitig in Dakar gestartet und hatte den Passat anscheinend ausgetrieben. So wurde Pernambuco etwa zwölf Stunden zu spät, aber doch in nur 61 Stunden 52 Minuten erreicht.

Das nächste Ankermander in Pernambuco

auf unbekanntem Platz mit ungeübter Mannschaft war ein fahrtechnisches Meisterstück, das die ungeteilte Anerkennung der zahlreichen Zuschauer fand.

Rio, die schönste Stadt der Welt! Im Morgengrauen des 25. Mai überfuhren wir das zwischen Bergen und Meeresküste sich breit ausdehnende Häusermeer mit seinen herrlichen Promenaden und Vergnügungsmitteln in der Stadt. Kirchenglocken läuteten, Dampfsirenen jubelten über den ersten Heberflug von Europa nach Südamerika. Dann erfolgte während eines einstündigen Aufenthalts der Passagierwechsel, und 24 Stunden später war „Graf Zeppelin“ wieder am Ankermaße in Pernambuco, dem Umschlagshafen für den kommenden südamerikanischen Luftschiffverkehr. Während der in dieser Jahreszeit zu erwartenden Niederschläge wollte Dr. Edener nicht

das Sturmsgebiet des Amazonasstroms

überfahren. Dafür hat er sich als wissenschaftliche Aufgabe meteorologische Untersuchungen im Kalmengebiet gestellt. Zu diesem Zweck wurde bis fünf Grad nördlicher Breite nordwärts gesteuert, wobei zum zweiten Male unter Assistenz von Herrn „Windgott Neolus“ der Äquator überschritten wurde. Ueber Barbados steuerten wir Porto Rico an, wo „Graf Zeppelin“ beim Hellwerden am 30. Mai über San José zur anfänglichen Entladung der Frachtpakete direkten Kurs auf Vatehurs nahm.

Alle Fahrgäste, besonders die Spanier, hatten sich auf der Antillenfahrt und auf die Zwischenlandung in Havanna gefreut, aber die Wetterlage gestattete diesen Absteher nicht. Wie sich auf Grund späterer Meldungen gezeigt hat, traf Dr. Edeners Prognose vollkommen zu. Die Beurteilung eines mitfahrenden Pressevertreters ist falsch und ungerechtfertigt. Es ist bedauerlich, daß ein deutscher Journalist es für nötig gehalten hat, die Autorität Dr. Edeners in der amerikanischen Presse herabzusetzen.

Unerwartet am Kap Hatteras mußte das wunderbare Schiff seine vielleicht schwerste Probe bestehen. In einer schweren Stürmung sprang plötzlich der Süd-Südwestwind auf Nord-Nordost, also um 180 Grad um, das ganze Gerippe schwer erschütternd. Das Schiff bäumte sich und stieg 200 Meter, lag aber trotz der Beanspruchung verhältnismäßig ruhig in der Luft.

Nach Ueberfahren von Atlantik City frühmorgens am 31. Mai wurde das Schiff um 6.10 Uhr in tadelloser Landung zu Boden und kurz darauf mittels des neuen fahrbaren Mastes in die Halle gebracht.

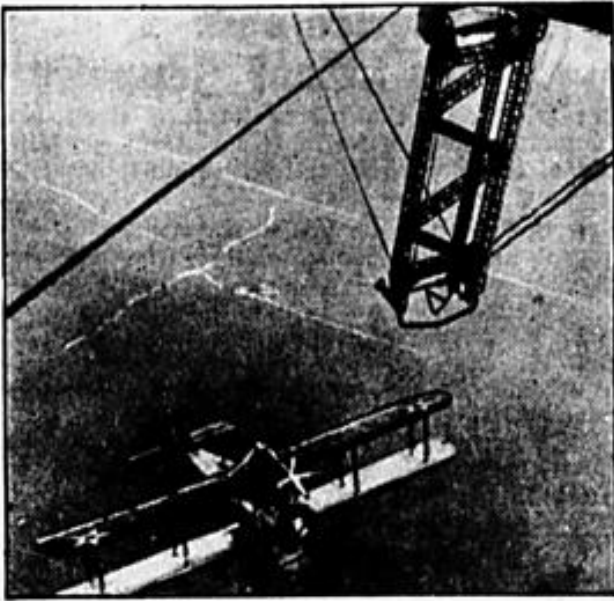
New York bei Nacht

Wie dankbar sind wir alle Dr. Edener, daß er uns den unvergeßlichen eindrucksvollen Anblick geschenkt hat. Zwei Stunden über dem unermeßlichen Vastmeer New Yorks mit seinen langen Avenuenen und himmelstürmenden Wolkenkratzern, deren höchste Spitzen zu weilen direkt unter uns lagen. In knappen 63 Stunden wurde bei teilweise recht stürmischem Wetter die 6300 Kilometer lange Strecke nach Sevilla über die in hellem Sonnenlicht erstrahlenden Azoren zurückgelegt. Fahrplanmäßig, wie ein regelmäßig verkehrendes Verkehrsflugzeug, wurde in 25 Minuten Landungszeit der Passagierwechsel in Sevilla vorgenommen. Dann überfuhren wir bei Anbruch der Dunkelheit in Wol-

tenhöhe die in Cadix vor Anker liegende Hochseeflotte. Zu schwerem Sturm und Regen wurde die Straße von Gibraltar passiert. Vier Uhr morgens, am 6. Juni, tauchte aus dem lichtblauen Meer die phantastisch schöne Silhouette der Balearen im Sonnenaufgang auf.

Eine sehr schwere Schnee- und Hagelbö

in schwarzgrauer Farbe und Form einer Taube hat uns im Rhonetal gepackt und in vier Meter Sekundengeschwindigkeit das Schiff um 300 Meter hoch- und 350 Meter heruntergerissen. Alles torfelte durcheinander, bei 15 Grad Schräglage und strömendem Wasser. Aber niemand war besorgt. Man hatte sich Dr. Ederer und seiner hervorragenden Besatzung anvertraut und kannte die Güte des deutschen Schiffes, das in Wind und Wetter erprobt und schon so manches Mal deutschen Ruhm in weite Lande getragen hat.



Flugzeugkakt vom Luftschiff.

Bei der amerikanischen Marine fand eine interessante Vorführung statt, und zwar der Start eines Marine-Flugzeugs vom Luftschiff Los Angeles. Das Flugzeug hängt während der Fahrt an dem, am Ende des Luftschiffes konstruierten Ankerhaken, und kann im gegebenen Momente durch einen Mechanismus losgelöst werden und starten. Das Bild zeigt das Flugzeug nach dem Start.

Das juristische Studium.

Ueberfüllung der Justizverwaltung. — Sprechende Zahlen.

In der neuesten Nummer des Justizministerialblattes veröffentlicht die Justizverwaltung eine die letzten 25 Jahre umfassende Uebersicht über die Zahl der Studierenden der Rechte und über den Personalbestand der Referendare, Gerichtsassessoren, Richter, Staatsanwälte, Rechtsanwälte und Notare in Preußen. Diese Zahlen geben ein anschauliches Bild von der Entwicklung der Personalverhältnisse im Bereich der Justizverwaltung und der Anwaltschaft und ermöglichen eine Beurteilung der Zukunftsaussichten des juristischen Nachwuchses. Um die Zahlen richtig werten zu können, muß man berücksichtigen, daß Preußen durch den Friedensvertrag 16 v. H. seines Gebietes und 11,5 v. H. seiner Bevölkerung verloren hat.

Die Zahl der preussischen Rechtsstudierenden ist seit 1913 um mehr als 150 v. H., von 6004 auf 15 244 im Jahre 1928, gestiegen. Im ähnlichen Verhältnis ist die Zahl der Erstfemestriken gewachsen. Ein Blick bedeutet ihr Rückgang im Jahre 1929. In ähnlicher Weise ist die Zahl der Referendare gestiegen. Zwar ist der Höchststand aus der Zeit vor dem Kriege ziffernmäßig noch nicht ganz erreicht. Hierbei muß nicht nur die Verkleinerung des Staatsgebietes berücksichtigt werden, sondern auch die Tatsache, daß der Vorbereitungsdienst der Referendare eine Veränderung erfahren hat. Innerlich ist also die heutige Zahl der Referendare schon erheblich höher als die Höchstzahl aus der Vorkriegszeit.

Der Zugang an Referendare in einem Kalenderjahr überstieg mit 2006 im Jahre 1929 auch schon äußerlich alle Zahlen aus den letzten 25 Jahren, während die Zahl der Referendare, die in einem Kalenderjahr auf andere Weise als durch Ernennung zum Assessor abgegangen sind, bis zum Jahre 1928 ständig gesunken ist. Der Abgang betrug 1928 nur noch 96 gegenüber einem Abgang von 498 im Jahre 1913. Das trotz wachsenden Zuganges der Abgang sinkt, ist wohl so zu erklären, daß heute allein das Bestehen der ersten juristischen Prüfung nur noch selten Erwerbsmöglichkeiten bringt; Referendare sind angesichts des reichlichen Angebotes an Volljuristen nicht mehr wettbewerbsfähig. Die Zahl der Gerichtsassessoren hat am 1. 4. 30 mit 2810 zwar den Stand der letzten Vorkriegsjahre (im größeren Staatsgebiet) und der Kriegsjahre noch nicht erreicht.

Wegenüber diesem gewaltigen Angebot sind die Anstellungsmöglichkeiten gering. Die Zahl der planmäßigen Stellen für Richter und Staatsanwälte belief sich im Jahre 1929 auf 6414 gegenüber 6764 im Jahre 1913 und 6948 im Jahre 1910. Im Jahre 1929 wurden 582 Rechtsanwälte neu zugelassen. Damit ist die Zahl der Rechtsanwälte auf 10 275 gegen 7692 im letzten Vorkriegsjahre, also im größeren Staatsgebiet, gestiegen.

Es ergibt sich hiernach von den Zukunftsaussichten des juristischen Nachwuchses ein trübes Bild, denn auch der Ausnahmefähigkeit der anderen Rechts- und Landesverwaltungen sowie der freien Wirtschaft dürften heute enge Grenzen gezogen sein.

Die Frau im Berufsleben.

Die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der berufstätigen Frauen.

Von der erwerbstätigen Bevölkerung sind etwa ein Drittel Frauen. Die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Frauenberufsverbände hat sich die Aufgabe gestellt, Material über die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der berufstätigen Frauen zu beschaffen. Die angeschlossenen Verbände haben unter ihren Mitgliedern eine Erhebung veranstaltet.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Lehrerin und Wohlfahrtspflegerin liegen günstiger als die der anderen Berufe, da sich hier die Gehälter nach der Besoldungsordnung richten. Die Berufsvorbereitung dauert allerdings mehrere Jahre und verursacht erhebliche Aufwendungen.

Auch die sozialen Verpflichtungen spielen bei den Frauen in gehobenen Berufen eine große Rolle. Von dem Verband der katholischen Lehrerinnen sind etwa 10 000 Fragebogen zurückgesandt worden. 71 Prozent hatten Eltern oder Angehörige teilweise ganz zu versorgen bzw. zu unterstützen. Von den 15 000 erfahrenen Wohlfahrtspflegerinnen gaben 89 Prozent Unterstützungsverpflichtungen an.

Bei den Angestellten besteht die Hälfte der Erfahrenen aus jungen Menschen bis zu 25 Jahren. Nur ein Drittel der weiblichen Angestellten ist über 30 Jahre. Bei den Arbeiterinnen sind die Altersgruppen von 18 bis 24 und 25 bis 30 Jahren am stärksten berufstätig, und zwar mit 82 und 82,7 Prozent Anteil. Aber auch die Altersgruppe von 40 bis 64 Jahren ist noch mit 24,5 Prozent beteiligt. 81 Prozent der Angestellten sind ledig und nur 8,5 Prozent verheiratet, 1,8 Prozent verwitwet und 1,2 Prozent geschieden. Von den Arbeiterinnen sind aber 21 Prozent verheiratet. Die außerhäusliche Erwerbsarbeit der verheirateten Frau ist bei den Arbeiterinnen weit häufiger als bei den anderen Berufsständen.

52,8 Prozent der Angestellten erhalten ein Bruttogehalt von 101 bis 200 Reichsmark monatlich, 26 Prozent liegen unter 100 Reichsmark. Vier Fünftel aller erfahrenen Angestellten kommen über ein Bruttogehalt von 200 Reichsmark monatlich nicht hinaus. Das Einkommen der Arbeiterinnen liegt aber noch weit unter dem der Angestellten. Die Lohngruppe zwischen 21 und 25 Reichsmark Bruttolohn wöchentlich ist am stärksten besetzt, nämlich mit 26,7 Prozent. Die nächst höhere Gruppe hat 26 bis 30 Reichsmark = 28 Prozent, und die nächstuntere 16 bis 20 Reichsmark = 21,7 Prozent. Der Hauptteil der Arbeiterinnen, nämlich 71,5 Prozent, hat einen Wochenbruttolohn zwischen 16 und 30 Reichsmark.

Es ist nur gut, daß der größte Teil der Angestellten (75,2 Prozent) und der Arbeiterinnen (75,4 Prozent) im Elternhaus wohnt. Sonst wäre die wirtschaftliche und soziale Not der berufstätigen Frauen in Handel und Gewerbe überhaupt nicht auszuweichen. Eine selbständige Lebenshaltung ist mit diesem Einkommen nicht möglich.

Zuletzt werden die Unterstützungsverpflichtungen festgestellt. Sie zeigen, daß trotz der bescheidenen Mittel, die zur Verfügung stehen, die berufstätigen Frauen in hohem Maße Eltern und Angehörige unterstützen.

Der Regenbogen.

Der Regenbogen beruht auf Beugung und Spiegelung der Sonnenstrahlen in den Regentropfen. Die Luferschleimung tritt auf, wenn man die Sonne im Rücken und eine Regenwand vor sich hat. Das Volk beobachtet den siebenfarbigen Regenbogen genau und hat seine Erfahrungen in den Bauernregeln niedergelegt. Regenbogen am Abend den Hirten labend, heißt es, deutet auf klares schönes Wetter. Wenn ein Regenbogen gegen Osten gesehen wird bei Hochstand der Sonne, so kann man sicher mit recht baldigem schönen Wetter rechnen. Regenbogen am Morgen des Hirten Sorgen. Ein gegen Süden stehender Regenbogen v. ründel starken Regen. Je grüner die Farbe, umso mehr wird es regnen, je röter umso mehr winden. Manchmal ist unter dem li. stärkeren Regenbogen ein farben schwächerer Nebenregenbogen zu sehen. Wie der erste Regenbogen im Jahre steht, so ziehen nach des Bauern Ansicht alle Gewitter im Jahre. Wo ein Regenbogen steht, schlägt das Wetter nicht. Wenn ein Ober- und ein Unterregenbogen zu sehen sind, so sagt man im Volk: Der Teufel möchte den Regenbogen nachmachen, bringt ihn aber nicht zu stande. Die kleinen Goldmünzen, die die Gestalt eines Schlüsselsteins haben, und die und da gefunden werden, hat der Regenbogen fallen lassen, daher sie Regenbogenschlüssel genannt werden. Wer eines findet, soll es nicht verkaufen, es bringt Glück ins Haus. Auf der Alb hat einmal ein Schäfer eines gefunden und seitdem ist ihm kein Schaf mehr krank geworden. Zu Heubach dagegen hat einmal jemand eines gefunden und für schweres Geld verkauft. Zur Strafe dafür ist er stumm geworden. Im Remstal sagt man, die Sonne lasse nach jedem Regenbogen ein solches Goldschlüsselchen fallen, wer es finde, der bleibe sein Leben lang vor jedem Unglück bewahrt. Als die Römer im Lande waren, haben sie aus dem Goldschlüsselchen Münzen geschlagen, weiß man am mittleren Neckar.

Die Gouvernante

ROMAN VON ERIKA FORST

Copyright by Martin Pöschelwanger, Halle (Saale)

146

„Joh!“ rief er in zärtlicher Leidenschaft — und dann fanden sich die beiden Lippenpaare in einem langen Kuß. „Und was willst du, daß ich nun tun soll?“ fragte Joh nach einer Weile süßen Nausches.

„Mit deinem Bruder heimkehren, mein Prinzchen, und die letzte Entscheidung deinem Großvater überlassen.“

In Johs Augen blühte die alte Schmelmer. „Warum nicht, Norman? Großvater will immer dasselbe wie ich.“

„Joh“, warnte Norman leise, „ich verlange von meiner Frau ein gewisses Jügen in meinen Willen — auch wenn ich eine Prinzessin heirate.“

„Norman“, lachte Joh, „du bist doch nicht mein Großvater, geht? Sieh, darum gerade habe ich dich lieb; du weihst mit rheinischem Wohlmut umzugehen, du hast die richtige Hand: mild und doch fest.“

„Wann fahren wir?“ fragte Joh ihren Bruder. „Norman will, ich soll mit dir heimkehren.“

„Großvater vergeht vor Sehnsucht nach dir; wenn dir wohl genug ist, fahren wir in wenigen Stunden. Das Auto ist bereit — und deine Sachen sind gewiß schnell gepackt.“

„Und Joh? Können wir sie gleich mitnehmen?“

„Hat denn der Baron sie dir verkauft?“

„Er wird schon. Ich will gleich mit ihm sprechen!“

Verenberg, tief erschüttert von dem Schicksal ihres jüngeren Sohnes, hatten sich zurückgezogen; aber als Ernst-August ihnen melden ließ, das prinzipielle Geschwisterpaar wolle sie sprechen, sich verabschieden, erschienen sie sogleich.

Die Baronin war verlegen — sie gedachte so mancher Standpausen, die sie der Prinzessin erteilt — und Joh hatte ein sehr schlechtes Gewissen wegen der falschen

Flagge, unter der sie gefesselt war. Aber sie nahm allen Mut zusammen und umfing die ältere Dame einfach mit beiden Armen.

„Schelten Sie mich tüchtig aus — und dann seien Sie mir wieder gut, so wie es die ganze Zeit gewesen ist!“ bat sie vergnügt.

„Aber Durchlaucht, zu tadeln hatte ich nur die Gelegenheit, als Prinzchen sind Eure Durchlaucht tabellos“, erwiderte die Baronin.

Sie sagte es ganz ernst und ohne Humor, wie es ihre Art war; aber doch mußten alle lächeln.

„Meine Schwester hat — so scheint es — viel zu danken“, erklärte der Prinz. Joh aber schmelzte:

„Onkelchen Baron, geh, meine Namensschwester verkaufen Sie mir? Das Geld liegt in Adälin bereit.“

Lächelnd wehrte Verenberg ab.

„Seit dem Ritt gestern Abend gehört Joh sowieso Eurer Durchlaucht — und dann“ — er schmunzelte voll gütigen Humors — „schulden wir Eurer Durchlaucht ja auch noch das Honorar für Höchstpersöben erzählerische Tätigkeit.“

• • •

Zwei Tage später saß der alte Fürst Hochdahl auf dem Balkon seiner Bonner Wohnung und wartete. Seit Gunthers langer Telegramm hatte er von den beiden Geschwister nichts mehr gehört. Er nahm es als gutes Zeichen. Sie sind unterwegs, sagte er zu Friedrich und auch zu Gahlen, der ihn sogleich nach seiner Rückkehr aufgesucht hatte, um von seinem Abenteuer zu erzählen, aber nun doch zufrieden war, daß die Angelegenheit bereits in Fluß gekommen.

Ihre Durchlaucht wären am Ende dem Verräter noch gram geworden“, meinte er. Fürst Hochdahl aber konnte nicht genug hören, wie sein Prinzchen ausgesehen, wie sich sein Prinzchen benommen und wie sie gefallen habe.

Ein großartiges Mädchen ist es doch. Gahlen, sagen Sie mal, ist das nicht forsch; stellt sich einfach auf eigene Füße und verdient sich mir nichts, dir nichts ihr Brot.“

Er lachte so herzlich, wie seit langem nicht. „Das möchte ich gehört haben: Ich heiße Meier und bin hier Erzieherin.“ Ein famoscs Mädchen, einfach famos!“

• • •

Das Geschwisterpaar nahm herzlichen Abschied von Verenberg. Vera und die Baronessen sollten schon im Juli Joh besuchen. Darleßen aber begleitete die beiden Durchlaucht bis Berlin, weil Joh darauf bestand, Normans Mutter kennenzulernen. Man fuhr mit größter Geschwindigkeit durch die deutschen Gauen. Die Geschwister wußten, welche Sehnsucht ihnen entgegenschlug — und wieviel gab es zu erzählen und gutzumachen.

Herrlich glänzte der Sonnenschein über den Rhein, als Joh ihn nach langer Trennung — wie es ihr schen — wieder sah.

Wie wundervoll wird es sein, hier mit Norman zu leben, dachte sie.

Und dann tauchten die Türme Bonn's auf. Man passierte die große Rheinbrücke — und wenige Augenblicke danach hielt der Wagen vor der fürstlichen Villa.

Joh sprang leichtfüßig heraus und ließ, ohne noch eine Sekunde zu warten, die Freitreppe hinauf, warf Hut und Mantel einem hinzueilenden Diener hin und stand alsbald vor ihrem Großvater.

Sie sah in die treuen Augen, in das schmal gewordene Gesicht, sah die zitternden Hände, die sich ihr entgegenstreckten, und sah, daß kein Vorwurf ihrer wartete — kein Tadel, kein heimlicher Groß, nichts als Liebe stand in den gütigen Jügen, und die Spuren manch schlafloser Nacht, manch bitterer Sorge, die ihr Trost, ihr Eigensinn verursacht hatten. Da schlug eine heiße Scham in das Antlitz des jungen Mädchens, und tiefe Reue schnitt schmerzhaft durch ihr, im tiefsten Grunde so empfängliches Herz. Mit leisem Wehlaut kniete sie neben dem alten Herrn nieder und seine Hand ergreifend, flüsterte sie das sühnende und befreiende Wort: „Großvater, vergib!“

— Ende —